Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1921

246 (21.10.1921)

Visual Library

No. 246 Karlsruhe, Freitag den 21. Oktober 1921 41. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelexemplar 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile 1.40 M. Die Reklamezeile 4.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Ende der Tragödie

Bekanntgabe der Genfer Beschlüsse — Oberschlesien entgültig geteilt — Androhung von Zwangsmaßnahmen

WTB. Paris, 20. Okt. Die Botschafterkonferenz übermittelte heute nachmittag dem deutschen Botschafter in Paris nachstehende Note über die oberschlesische Entscheidung:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermiteln, die die Botschafterkonferenz am 20. Oktober dieses Jahres namens und in ausdrücklicher Vollmacht der Regierungen des Britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat. Die genannten Mächte haben gemäß dem Friedensvertrag eine Lösung gesucht, die dem Wunsche der Bevölkerung, wie er in der gemeindeweisen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, entspricht die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften berücksichtigt. Sie haben sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundsrats veranlaßt gesehen, den Industriebezirk Oberschlesien zu teilen. In Anbetracht der Tatsache, daß verschiedene Volksteile geographisch zerstreut sind, anderseits aber stark untereinander vermengt sind, mußte jede Teilung dieses Gebietes dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minderheiten verbleiben und daß wichtige Interessengebiete auseinandergerissen wurden. In Berücksichtigung dieses Umstandes enthält die getroffene Entscheidung Maßnahmen, um im Interesse der Allgemeinheit die Fortdauer des Wirtschaftslebens, ebenso wie den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien zu gewährleisten. Die deutsche Regierung muß sich heute voll dessen bewußt sein, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung als ein einheitliches Ganzes betrachten, und daß sie fest entschlossen sind, seinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen. In dem Falle, daß die beteiligten Regierungen, oder eine von ihnen, sich aus irgend einem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt anzunehmen, oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie der lojalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen bestrebt ist, behalten sich die Alliierten Mächte, in der Erwägung, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens notwendig ist, die vorgesehene Regelung so schnell als möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, wie sie sie für geeignet halten, um die volle Durchführung ihrer Entscheidung sicher zu stellen.

Genehmigen Sie usw. gez. Briand.

WTB. Paris, 20. Okt. Ueber die Beschlüsse der Botschafterkonferenz wird in einer ausführlichen Havasmeldung noch berichtet: Das Schreiben, in dem Deutschland und Polen die Entscheidung in der oberschlesischen Frage mitgeteilt wird, endigt mit dem Willen, den Inhalt durch die beiden Parteien befolgt zu sehen, sowie mit der Drohung von Zwangsmaßnahmen, falls sich einer der Beteiligten weigern sollte, den Spruch zu unterzeichnen. Der zweite Teil der Mitteilung enthält die Angaben der Grenzlinien sowie die Aufzählung der wirtschaftlichen Maßnahmen, deren Einzelheiten schon gemeldet wurden. Außerdem werden die Maßnahmen dargelegt, die die Nationalitätenfrage und den Schutz der Minderheiten in Oberschlesien regeln soll. Das für das Inkrafttreten der Entscheidung vorgesehene Verfahren wird etwa das Folgende sein: Die deutsche Grenzfestsetzungskommission ist aufgefordert worden, unverzüglich mit den Abgrenzungsarbeiten zu beginnen. Die polnische und deutsche Regierung werden aufgefordert, binnen acht Tagen einen Bevollmächtigten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen zu bezeichnen sowie die Delegierten für die gemischte vorübergehend tätige Verwaltungskommission. Gleichzeitig soll der Völkerbund gebeten werden, den Präsidenten dieser Kommission zu bestimmen.

*

Mit der Veröffentlichung der Lösung, die die Botschafterkonferenz für Oberschlesien gefunden hat, ist das Schicksal dieses bisher deutschen Stück Landes entschieden. Die Viererkommission des Völkerbundes, bestehend aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens, hat ihr Gutachten s. Zt. dahin abgegeben, daß Oberschlesien geteilt werde, sodaß Deutschland **42 Prozent seines gesamten Kohlenreichtums** und seine **gesamte Zinkproduktion** an Polen verliert. Durch die Entscheidung des Völkerbundes und ihre Bestätigung durch die Entente geht also Deutschland ein wertvoller Teil seines territorialen Besitzstandes verloren, wodurch Deutschland noch ärmer wird, als es durch den verlorenen Krieg und den Diktatfrieden von Versailles schon geworden ist. Wie Deutschland unter diesen Umständen noch die Reparation erfüllen kann, ist eine Frage. Den linken Lungenflügel, das Saargebiet hat man ihm genommen und jetzt auch noch den rechten Lungenflügel Oberschlesien. Wie soll es da noch atmen können? Dabei zielt man ständig auf unser Herz, das Ruhrgebiet. Die verzweifelte Lage, in der sich Deutschland befindet, macht sich in steigendem Sinken der Mark bemerkbar und es müssen schon unvorhergesehene Dinge geschehen, wenn wir nicht in den Abgrund stürzen.

Es ist bezeichnend, daß gerade diejenigen, deren Politik zum Kriege führte und durch deren Annexionstreiberei der Krieg verlängert wurde, nämlich die Deutschnationalen, sich jetzt als die größten Schreier auftun. Ihre Politik hätte auch den Verlust von ganz Oberschlesien bedeutet, wenn sie sich durchgesetzt hätte. Die von ihnen empfohlene Ablehnung des Ultimatums hätte Oberschlesien restlos an Polen ausgeliefert. Bekanntlich sah der ursprüngliche Vertrag von Versailles die Abtretung von ganz Oberschlesien von Deutschland vor und nur den Bemühungen der Regierung Scheidemann-Brockdorff-Rantzau ist es zu verdanken, daß diese Bestimmung wieder rückgängig gemacht und durch das Zugeständnis der Volksabstimmung ersetzt wurde. Ohne diesen Erfolg der sozialdemokratisch geführten ersten Koalitionsregierung wäre schon damals ganz Oberschlesien an Polen gefallen.

Wir sagen das nicht, um uns fatalistisch mit dem Entscheid des Völkerbundsrates abzufinden, der vor allen Dingen in Widerspruch zur Volksabstimmung steht, sondern betrachten nach wie vor den Entscheid als einen Faustschlag der Entente gegen Recht und Gerechtigkeit.

Einzelbestimmungen

WTB. Paris, 20. Okt. (Havas veröffentlicht heute die Dokumente über Oberschlesien, die vom Völkerbundsrat dem Vorsitzenden des Obersten Rates unterbreitet worden sind gemäß der einstimmig am 12. Oktober angenommenen Empfehlung. Nach diesen Angaben fällt der größte Teil des Kreises **Rybnik**, des Kreises **Pleß**, Stadt und Landkreis **Kattowitz** mit **Myslowitz** und **Königshütte**, der größte Teil des Kreises **Tarnowitz** mit **Tarnowitz**, sowie des Kreises **Lublinitz** an **Polen**.

Um die Fortdauer des **wirtschaftlichen Lebens** Oberschlesiens nach der Teilung zu sichern und die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode auf ein Mindestmaß zu beschränken, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Die **Bahnlinien**, die den Privatgesellschaften gehören, werden auch weiterhin wie bisher verwaltet. Für die Bahnstrecken des deutschen Staates wird ein genaues **Betriebssystem** während **15 Jahren** in Kraft treten. Die Tarife werden vereinheitlicht werden. Die Fahrpläne sollen den Bedürfnissen der Industrie angepaßt werden und der Aufenthalt an der Grenze möglichst kurz sein. In dem Abstimmungsgebiet wird während eines Zeitraums, der 15 Jahre nicht übersteigen darf, die deutsche Mark das einzige gesetzmäßige Zahlungsmittel sein. Dieses System kann nach einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen abgeändert werden. Für Post-, Telegraph- und Telephongebühren wird für die ganze Dauer des deutschen Geldsystems die Mark festgesetzt.

Zollverwaltung: Die Zollgrenze fällt mit der politischen Grenze zusammen. Die Zollsätze und Zollgebühren kommen mit einigen Ausnahmen zur Anwendung. So dürfen während 6 Monaten Rohstoffe und Halbfabrikate, die aus den industriellen Unternehmen der beiden Parteien ins Abstimmungsgebiet kommen und von den industriellen Unternehmen der anderen Partei der gleichen Zone fertiggestellt oder verbraucht werden, zollfrei über die Grenze gehen. Während **15 Jahren** dürfen die gleichen Erzeugnisse der gleichen Herkunft und zu gleicher Bestimmung die Grenze zollfrei überschreiten, wenn sie zum Wiederimport in das Ursprungsland bestimmt sind. Naturprodukte und Fabrikate aus dem polnischen Teil des Abstimmungsgebiet sind auf die Dauer von drei Jahren von sämtlichen Zollabgaben bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet befreit. Diese 3-jährige Periode beginnt an dem Tage der Notifizierung der deutsch-polnischen Grenzfestlegung.

Kohlen und Gruben: Polen wird während 15 Jahren die Ausfuhr der Grubenerzeugnisse aus dem Abstimmungsgebiet erlauben. Was die Kohlen anbetrifft, soll internationalen Vereinbarungen usw. zwischen Deutschland und Polen und den Gegenden, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr oberschlesischer Kohlen interressiert sind, Rechnung getragen werden. Deutschland wird gleichfalls auf die Dauer von 15 Jahren die Ausfuhr von Grubenerzeugnissen nach Polen erlauben.

Verschiedene Bestimmungen: Verschiedene andere Maßnahmen werden ins Auge gefaßt bezüglich der Sozialversicherung, der Arbeiterverbände und des Verkehrs zwischen den beiden Parteien im Abstimmungsgebiet. Jeder Einwohner, der seinen regulären Wohnsitz im Abstimmungsgebiet hat oder seine reguläre Beschäftigung, wird eine Verkehrserlaubnis kostenlos erhalten, die ihm erlaubt, die Grenze ohne Förmlichkeiten zu überschreiten. Die in Kraft befindlichen Verordnungen im Abstimmungsgebiet betreffend im besonderen Gruben-, Industrie, und Handelsunternehmen und Arbeitergesetzgebung bleiben in Kraft bis zum Augenlick, wo Polen eine auf sein ganzes Gebiet anwenndbare Gesetzgebung geschaffen hat, die an die Stelle der früheren Verordnungen treten kann.

Alle diese angeführten Maßnahmen werden den Gegenstand eines zu treffenden Abkommens zwischen Deutschland und Polen in der Form einer **allgemeinen Konzession** zwischen den beiden Ländern bilden. Diese Konzession wird daher Oberschlesien während der Uebergangszeit unter ein besonderes Regime stellen. Zur Erleichterung der Vorbereitungen und der Ausführungskontrolle dieser Maßnahmen wird eine **Kommission** gebildet, die aus der gleichen Anzahl Polen und Deutscher aus Oberschlesien besteht, mit einem Vorsitzenden anderer Staatsangehörigkeit. Sie wird den Titel **„gemischte oberschlesische Kommission"** führen und hauptsächlich beratend sein. Ein Schiedsgericht kann eingesetzt werden, um alle Streitigkeiten zu regeln, die sich aus der Anwendung der zeitweiligen Maßnahmen ergeben können; Streitfälle, die sich aus der Auslegung der allgemeinen Konzession ergeben, werden aufgrund der Bestimmungen der genannten Konvention und des Völkerbundsstatuts, falls dies nötig ist, geregelt.

Der alte und der neue Landtag

Von R. G. Haebler

Bei den kommenden Wahlkämpfen zum badischen Landtag wird es sich auch darum handeln, den vielfach politisch ungeschulten Wählermassen klar zu machen, daß die Wahl eines Landtags in einer Republik eine wesentlich andere Bedeutung hat wie in einer Monarchie. Denn die heutige verfassungsrechtliche Stellung des Landtags ist eine wesensverschiedene von der des einstigen Landtags. Demgemäß ist auch die Wirkung des Wahlausfalls eine andere als einst. Im folgenden soll versucht werden, in aller Kürze dies darzulegen.

Der Gedanke einer Volksvertretung ist an sich nichts neues. Es hat längst Zeiten gegeben, wo wirkliche Volksvertretungen vorhanden und wirksam waren. Für uns Deutsche allerdings liegt jene Zeit sehr weit zurück. Die politische Entwicklung des Mittelalters hatte zwar den Gedanken eines Selbstbestimmungsrechtes des Volkes nie ganz unterdrücken können; aber von praktischer Bedeutung konnte er nirgends sein, da alle Macht auf Seiten der Fürsten war. Für die absolute Monarchie aber gab es niemals ein Volk im heutigen, demokratischen Sinne; Volk war hier die Summe der Untertanen. Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Untertanen und dem Staatsbürger. Die politische Entwicklung des deutschen Mittelalters schuf aus dem freien Germanen den Untertanen. Während einst der freie Mann sich seine Führer, seine Herzöge und Könige wählte, haben wir am Ende des Mittelalters die Erbmonarchie in schärfster Ausprägung. Nicht das Volk war der Staat, sondern der Fürst. Das Volk war sein Eigentum, mit dem er in gewissen Zeiten der deutschen Geschichte schalten und walten konnte wie heute ein Bauer mit seinem Vieh; der Fürst hatte absolute Gewalt über seine Untertanen, die bis zur leiblichen und geistigen Vergewaltigung ging.

Mit dem Anbruch der Neuzeit freilich änderte sich dies Bild. In langen schweren Kämpfen hatte man zunächst die Gewissensfreiheit errungen; die folgende Epoche zeigt uns das Ringen um die politische Freiheit des einzelnen, und heute stehen wir im Kampfe um die wirtschaftliche Demokratie, deren bedeutendste Kämpfe uns zweifellos erst noch bevorstehen; erst mit dem Erringen des Sozialismus wird dieser Kampf zu Ende gekämpft sein. Für uns kommt nun heute in diesem Zusammenhang wesentlich nur der Kampf um die politische Demokratie in Betracht. Die gewaltige Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse am Ende des 18. und während des 19. Jahrhunderts mußte das Selbstbewußtsein der arbeitenden Schichten steigern. Das Volk empfand allmählich, daß es eine Macht sei. Der Gedanke eines für alle gültigen Menschenrechts breitete sich aus. Es wurde immer unerträglicher für den einzelnen, sich als willenlosen Untertanen zu empfehlen. Man erkannte, daß der Staat nicht nur die herrschende Monarchie sein könne, sondern daß es eine Staatsidee geben müsse, die viel weiter und umgreifender zu bestimmen sei. So fand man den Begriff des Staatsbürgers, den Gedanken der politischen Gleichheit. Die französische Revolution war erfüllt von dieser Gedankenwelt der politischen Gleichheit, und einmal in die Tat umgesetzt, wirkte dieser politische Gedanke weiter, über Frankreich hinaus, auch nach Deutschland hinein. Man war es satt, nur gehorchen zu müssen; man wollte mitbestimmen, mitsprechen, mitwirken im Staatsleben. Man verlangte darum eine Verfassung, einen Vertrag zwischen dem Fürsten und dem Volk, man verlangte eine Volksvertretung, um seine Rechte geltend machen zu können. Am politischen Horizont tauchte der Gedanke der Demokratie auf, wenn auch oft nur einer „demokratischen Republik mit einem Großherzog an der Spitze", wie man spaßhaft zu sagen pflegt. Aus der absoluten Monarchie entwickelte sich die konstitutionelle Monarchie; das Recht der Fürsten wurde eingeschränkt, zum mindesten wurde versucht, eine Plattform zu schaffen, von der aus man kritisch zu der Regierung Stellung nehmen konnte. Diese Einrichtung war der Landtag. So sieht das 19. Jahrhundert in Deutschland den Staat gespalten in zwei politische Klassen: auf der einen Seite die Monarchie, das ist das Fürstenhaus mit allen denen, die in irgend einer Verbindung zu ihm standen; vor allem der Adel, der durch verwandtschaftliche, aber vielfach auch rein wirtschaftliche Beziehungen ein Teil der Monarchie war, dann das Beamtentum, die Bürokratie, die als Exekutive des monarchistischen Willens, in unbedingter Abhängigkeit von der Monarchie sich befand; auf der anderen Seite sehen wir das Bürgertum, das damals alle nicht adligen und nichtbeamteten Kreise des Volkes umfaßte, also Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Industrie. Diese Kreise waren es vor allem, die nach Rechten des Volkes riefen, nachdem der Feudalstaat der wirtschaftlichen Ausdehnungskraft des Gewerbes und Handels und später der Industrie und dem Kapital hatte weichen müssen. Aus diesen wirtschaftlichen Grundströmungen erwuchs die politische Idee des Staatsbürgertums naturnotwendig heraus. Die Fürsten wurden

gezwungen, dieser Entwicklung Zugeständnisse zu machen und so entstand schließlich der Landtag, der sich aus den beiden Landständen zusammensetzte: aus der Ersten Kammer, welche die Vertretung des Adels vor allem darstellte und der Zweiten Kammer, welche die eigentliche Volksvertretung war. Schon diese Teilung beweist, daß die Monarchie sehr klug die neuen Formen für ihre Zwecke zu gestalten wußte: die Erste Kammer war vielfach nichts anderes als die liebe Verwandtschaft der Monarchie. Auch innerhalb der eigentlichen Volksvertretung wurde dadurch, daß man die Beamten der Monarchie in diesem Falle klugerweise zum „Volk" rechnete, von vornherein für eine Möglichkeit der monarchistischen Interessenvertretung gesorgt. Es ist also kein Wunder, wenn der „Volkswille" sehr oft ein recht merkwürdiges Antlitz zeigte, zumal man noch, um recht gesichert zu sein, nochmals eine Trennung nach dem Besitz vornahm und so verschiedene Wählerklassen schuf, die je nach ihrer wirtschaftlichen Stellung eine sehr verschiedene Stimmgewalt hatten. Unter diesen Voraussetzungen gewinnt der Ausspruch des einstigen Großherzogs Friedrich I. von Baden ein recht süffisantes Gesicht: er könne nicht einsehen, daß zwischen Fürstenrecht und Volksrecht ein Unterschied sei.

Diejenigen Teile des Volkes, welche von Anfang an erkannten, wie sehr man es verstanden habe bei Einführung der Völkerrechte unter der Flagge der konstitutionellen Monarchie das Volk um seine wirklichen Rechte zu bringen, waren von Anfang an scharfe Gegner dieser Volksvertretung. Sie sahen ein, daß diese Parlamente keine wirkliche Vertretung des Volkswillens darstellen könnten und gerade die badische Landtagsgeschichte ist reich an solchen Persönlichkeiten, deren Namen wir alle aus den Tagen der badischen Revolution von 1848 und 1849 kennen, jene Männer, die noch wirkliche Deutsch-Demokraten waren und für die Flagge Schwarz-Rot-Gold auch „auf die Straße gingen". Je weiter aber die Entwicklung des Kapitalismus und der konstitutionellen Monarchie voraus schritt, um so mehr wurde in jenen Kreisen des Bürgertums vergessen, daß man einst revolutionär war; man empfand den Zustand einer Volksvertretung nach Ständen und unter starker Betonung des Besitzes als diejenige Staatsform, die angeblich dem deutschen Charakter am besten entspreche, begnügte sich in der Rolle des im wesentlichen kritischen Zuschauers und sorgte im übrigen dafür, durch Besetzung aller wichtigen Aemter eine einflußreiche Rolle innerhalb der Staatsverwaltung zu spielen: eine Technik der Herrschaft, die denn auch sehr wohl gelang. So wurde in der Vorkriegszeit das Parlament in der Hauptsache eine Einrichtung, die sich, soweit Selbständigkeitsregungen vorhanden waren, zu den Maßnahmen der Regierung kritisch äußern konnte; ein unbedingtes Recht der Mitbestimmung hatte man nicht. Die vorwärtsdrängenden Elemente waren auf kritische Opposition verwiesen, mehr konnten sie kaum tun. Dies war denn auch notwendigerweise die Rolle, welche die Sozialdemokratie in den deutschen Parlamenten übernehmen konnte; dabei waren freilich Unterschiede in dem Grade der kritischen Stellung möglich: je nachdem das Wahlrecht gestuft war, dementsprechend war man in mehr oder weniger scharfer Opposition. Die Voraussetzungen waren eben im Preußen des Dreiklassenwahlrechts andere als in Baden, das ein allgemeines Wahlrecht hatte. So gab es gewiß Schattierungen in der Mitarbeit nach der positiven wie negativen Seite hin, aber sie änderten nichts an der wesentlichen Tatsache, daß die Volksvertretung der Vorkriegszeit nicht unmittelbar bestimmend für die Regierung war, sondern nur mittelbar einwirken konnte.

Ganz anders heute. Heute ist der Landtag nicht mehr eine Volksvertretung neben einer mehr oder weniger souveränen Regierung, sondern heute ist er die Grundlage der Regierung. Während in der Monarchie sich der Staat aus Fürst und Volk zusammensetzte, während im alten System bestenfalls der Monarch in bestimmten Fällen nichts gegen den ausgesprochenen Willen der Volksvertretung machen konnte — ein Fall, der durch die beiden Kammern natürlich sehr komplizierte Voraussetzungen hatte —, so ist heute wirklich kein Unterschied mehr zwischen Volksrecht und Regierungsrecht, es gibt keine Handlung gegen den Willen des Volkes, weil die Regierung selbst eine Konstruktion des Volkswillens darstellt. Heute haben wir genau die Regierung, welche der politischen Einstellung des Volkes entspricht; denn auf Grund der Entscheidung des Volkes in der Landtagswahl setzt sich der Landtag zusammen, nach einem Auszählmodus, der ohne Zweifel die nach der formalen Seite hin gerechteste Form der Auswahl darstellt; auf eine bestimmte Anzahl von Stimmen kommt je ein Abgeordneter, die Reststimmen werden zudem ebenfalls gefaßt, sodaß der Landtag die anschauliche Darstellung des Volkswillens ist, wie er sich in der Zahl der abgegebenen Stimmen geäußert hat. Entsprechend der Stärke der einzelnen Parteivertretungen (Fraktionen) im Landtag setzt sich dann die Regierung zusammen, vorausgesetzt, daß nicht die eine oder andere Partei verzichtet, sich an der Regierung zu beteiligen. Demnach fällt die Entscheidung darüber, was für eine Regierung und damit auch, was für eine Landespolitik wir in den nächsten Jahren haben werden, bereits bei der Wahl zum Landtag. Je mehr Stimmen etwa die Sozialdemokratie bei der Wahl erhält, umsomehr Mandate bekommt sie und umsomehr Minister kann die Partei stellen — immer vorausgesetzt, daß eine tragbare Koalition möglich ist. Darin beruht also die ungeheure Wichtigkeit einer möglichsten Heranziehung der Massen für die Wahl der sozialdemokratischen Listen und darin beruht auch anderseits die ungeheure Verantwortung, die heute jeder einzelne hat, wen er zur Wahl schreiten soll. Denn jede Stimme, die nicht wählt, ist verloren, entweder für die eine oder andere Partei. Mangelhafte Wahlbeteiligung etwa der Arbeiterschaft würde ein kampfloses Aufgeben einer möglichen Machtstellung zugunsten einer kapitalistischen Partei bedeuten. Es muß deshalb mit allem Nachdruck dafür gesorgt werden, daß jeder Mann und jede Frau aus dem arbeitenden Volke diese Verantwortung begreift und einsehen lernt, daß es hier heißt: tua res agitur — du kämpfst hier für dich selbst! Die sogenannte Wahlmüdigkeit ist vielfach nur eine mangelnde Erkenntnis für die grundsätzliche Bedeutung einer Wahl in einer Demokratie. Man hält noch vielfach das Parlament für eine Einrichtung, wie sie einst eine war, in der schöne Reden zum Fenster hinaus gehalten werden, während die eigentlichen Dinge sich in einer davon unabhängigen Regierung abspielen. So ist es heute nicht mehr. Heute ist der Landtag der geformte Willen des Volkes selbst und zwar mit allen Möglichkeiten, die ein souveräner Wille hat. Hat einmal diese Erkenntnis die breiten Massen des Volkes durchdrungen, dann wird es auch seine Pflicht tun. Darum muß es, neben anderem, die Aufgabe unserer Partei in den kommenden Wahlkämpfen sein, auch diese Seite der Landtagswahl mit aller Deutlichkeit dem Volke klar zu machen. Denn darüber ist kein Zweifel: ein großer Teil derjenigen, welche der Wahlurne fernbleiben, tun dies deshalb, weil sie nicht wissen, um was es sich letzten Endes handelt. Dazu gehören zweifellos auch viele Teile der Arbeiterschaft und zwar der Arbeiterschaft im weitesten Sinne des Wortes; es sind vor allem jene Teile, die ihre politische Bildung aus den sogenannten neutralen Zeitungen beziehen. Es ist ja klar, daß diese Blätter kein Interesse daran haben, das Volk über diese Seite der Landtagswahl aufzuklären, so wenig wie die Monarchie ein Interesse daran gehabt hat, das Volk zu politischem Denken zu erziehen.

Um so mehr muß es unsere Aufgabe sein, diese Kreise des Volkes aufzuklären und auf sie einzuwirken, unter gleichzeitiger Klarlegung der Ziele, die die Sozialdemokratie zur Partei der arbeitenden Bevölkerung aller Berufe macht. Geschieht dies, und zwar nicht nur in der Presse, sondern vor allem auch in den Betrieben, in den Werkstätten und Büros, in der Oeffentlichkeit und in der Familie, dann wird die Gleichgültigkeit dem Bewußtsein Platz machen, daß es die Pflicht eines jeden Mannes und jeder Frau ist, am 30. Oktober den Wahlzettel der Sozialdemokratischen Partei in die Wahlurne zu werfen.

Unabhängige Kritik an der eigenen schweren Schuld

Der Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen, der den Unabhängigen und Kommunisten eine sehr empfindliche Niederlage gebracht hat, scheint auf die Redaktion der unabhängigen Berliner „Freiheit" eine tiefe Wirkung ausgeübt zu haben, sodaß das Blatt diese scharfe Selbstanklage veröffentlicht:

„Diese Wahlen sind eine Schande. Berlin, diese alte Hochburg des deutschen, des internationalen Sozialismus, ist dem Ansturm der bürgerlichen Parteien erlegen! Die Arbeiterschaft hat eine empfindliche Schlappe erlitten und das schlimmste und traurigste dabei ist, daß sie die Niederlage sich selbst zuzuschreiben hat. Seit Jahrzehnten war Berlin dem Sozialismus sicher. Daß das Bürgertum eine Majorität erlangen konnte, bedarf deshalb ernster und eingehender Prüfung. . .

Der radikale Flügel der Arbeiterschaft verminderte seine Stimmen von 633 000 auf 533 000, schließlich auf 483 000. Die Frage erhebt sich, wo sind diese Stimmen geblieben? Zu einem großen Teile sind sie an die Partei der Nichtwähler verloren gegangen. Die Wahlbeteiligung war insbesondere auch in den Arbeiterbezirken sehr schlecht. Das ist ein übles Zeichen. Denn es handelte sich um eine Wahl, die vom Bürgertum als Machtkampf geführt worden war, und die über Berlin hinaus große allgemeine politische Bedeutung hatte. Ein Teil der Arbeiter, und zwar solche, die früher für die sozialistischen Parteien gestimmt hatten, ging jetzt nicht an die Urne, blieb indifferent und erleichterte dem Bürgertum den Sieg. Aber wir fürchten, daß manche Arbeiter dem Klassengegner nicht nur diesen Helfershelferdienst leisteten. Das starke Wachstum der bürgerlichen Parteien, das rasche Anwachsen namentlich der Deutschnationalen, läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß manche Arbeiterstimmen auch für die Bürgerlichen abgegeben worden sind. Es zeigt sich jedenfalls, daß unter den Mitläufern der sozialistischen Parteien viele waren, die nur wenig verläßliche Mitstreiter sind. Das gilt namentlich von der früheren Anhängerschaft der Kommunisten, die mehr als ein Fünftel ihrer Wähler gegenüber der Landtagswahl einbüßten, und damit den verhältnismäßig stärksten Verlust aufzuweisen haben.

Die Spaltung, der Bruderkampf hat die Werbekraft des Sozialismus geschwächt und jene breiten Schichten, die nicht von der politischen Organisation fest erfaßt sind, gleichgültig gemacht.

Auf der anderen Seite hat die reaktionäre bürgerliche Partei am meisten gewonnen. Wieder ist es bezeichnend, daß die Deutschnationalen, die vor der Revolution in Berlin kaum mehr eine Rolle spielten, heute die weitaus stärkste bürgerliche Partei darstellen. Gewiß ist ihnen die Erregung, die die oberschlesische Frage ausgelöst hat, zu statten gekommen. Aber es ist eine ernste Sache, daß gerade die Partei der monarchistischen und militaristischen Reaktion immer stärkeren Anhang im Bürgertum findet. Es ist ein Sturmzeichen, ein neues Symptom für die Verschärfung der Gegensätze.

Das bedeutet aber eine ernste und eindringliche Mahnung an die Arbeiterschaft. Jeder, dem das Ganze und die Zukunft der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, muß sich sagen, daß es so nicht weitergehen darf. Die gegenseitige Bekämpfung schadet allen Arbeiterparteien und schwächt die ganze Klasse. Deshalb muß eine Politik getrieben werden, die nicht wegen taktischer Streitigkeiten die Grundlage, auf der erst Taktik überhaupt Erfolg haben kann, die politische Macht der ganzen Klasse, immer mehr schmälert. Wichtiger als irgendwelche momentanen Erfolge ist für die Arbeiterklasse die Wiederherstellung der Werbekraft und der Autorität des Sozialismus. Deshalb lädt jeder Politiker der Arbeiterklasse eine ungeheure Verantwortung auf sich, wenn er im gegenwärtigen Augenblick eine Politik einschlägt, die die Kluft innerhalb der Arbeiterparteien verbreitert, statt alles daranzusetzen, sie allmählich zu schließen. . . .

Auch diese Wahl hat gezeigt, daß die Sicherheit des Erfolges ausschließlich abhängt von der Stärke der Organisation und der Verbreitung der Presse. Beides steht aber in einem starken Mißverhältnis zu der Zahl unserer Wähler. Auch darauf hat die Spaltung bei allen Arbeiterparteien schlimmen Einfluß

26

Ekkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert
von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

Jetzt sendet Aeneas den Achates zu den Schiffen, daß er's dem Sohn Ascanius ansage, denn ganz auf Ascanius ruht die zärtliche Sorge des Vaters. Frau Venus aber bewegt neue List im Busen, in Didos Herz soll der Liebe Flamme entzündet werden, da entrückt sie den Ascanius weit in den Hain Idalia und wandelt den Gott der Liebe in Ascanius' Gestalt, die Flügel legt er ab, an Schritt und Gang ihm gleich stellt er sich mit den Troern in Karthagos Königsburg und eilt zur Königin hin —

mit den Augen an ihm, mit der Seele
Haftet sie, oft auch im Schoß erwärmt ihn Dido und weiß nicht,
Welch ein Gott ihr genaht, der Elenden! Er sich erinnernd
Dein, acidalische Mutter, vertilgt des Sichäus Gedächtnis
Allgemach und mit lebender Glut zu gewinnen versucht er
Ihr längst kühleres Herz und der Seel' entwöhnete Regung.

Haltet ein, sprach Frau Hadwig. Das ist wieder recht schwach ausgesonnen.

Schwach? frug Ekkehard.

Was braucht's den Gott Amor selber, sprach sie. Könnt' es sich nicht ereignen, daß auch ohne Trug und List und sein Einschreiten des ersten Gemahls Gedächtnis in einer Witib Herzen zurückgedrängt würde?

Wenn der Gott selber das Unheil anstiftet, sprach Ekkehard, so ist Frau Dido entschuldigt und sozusagen gerechtfertigt — das hat wohl der Dichter andeuten wollen . . . Ekkehard mochte glauben, er habe eine feine Bemerkung gemacht. Frau Hadwig aber stand auf. Das ist etwas anderes, sprach sie spitzig, sie bedarf also einer Entschuldigung. An das habe ich nicht gedacht. Gute Nacht!

Stolz ging sie durch den Saal, vorwurfsvoll rauschte ihr langes Gewand. Sonderbar, dachte Ekkehard, mit Frauen den teuern Virgilius zu lesen, hat Schwierigkeit. Weiter gingen seine Gedanken nicht . . .

Andern Tages schritt er durch den Burghof, da trat Audifax, der Hirtenknabe zu ihm, hob das Ende seines Gewandes, küßte es und sah fragend zu ihm hinauf.

Was willst du? frug Ekkehard.

Ich möcht' den Zauber haben, sprach Audifax schüchtern.

Was für einen Zauber?

Den Schatz zu heben in der Tiefe.

Den möcht' ich auch haben, sprach Ekkehard lachend.

O, Ihr habt ihn, heil'ger Mann, sprach der Knabe. Habet Ihr nicht das große Buch, aus dem Ihr unserer Herrin des Abends vorleset?

Ekkehard schaute ihn scharf an, er ward mißtrauisch und gedachte der Art, wie er auf dem hohen Twiel eingeführt worden. Hat dir's jemand eingegeben, fragte er, daß du so zu mir redest?

Ja?

Wer?

Da fing Audifax an zu weinen: Hadumoth! sprach er. Ekkehard verstand ihn nicht.

Wer ist Hadumoth?

Die Gansbirtin, sprach der Knabe schluchzend.

Du redest Torheit, geh deiner Wege . . .

Aber Audifax ging nicht.

Ihr sollt mir's nicht umsonst geben, sagte er, ich will Euch was Schönes zeigen. Es müssen viele Schätze im Berg sein, ich weiß einen, der ist aber nicht der rechte. Ich möcht' den rechten finden.

Ekkehard ward aufmerksam: Zeig mir, was du weißt! Audifax deutete bergabwärts. Da ging Ekkehard mit ihm zum Burghof hinaus und die Stufen des Burgwegs hinunter; auf des Berges Rückseite, wo der Blick zu des hohen Stoffeln tannigem Haupt hinüberstreift und zum hohen Höwen, bog Audifax vom Weg ab, sie gingen durchs Gebüsch, kahl, in verwittertem Grau strebte die Felswand vor ihnen zur Himmelsbläue empor.

Audifax bog einen Strauch zurück und riß das Moos auf; in dem grauen Klingstein, der des Berges Kern ist, ward eine gelbe Ades sichtbar; in eines Fingers Breite zog sie durchs Gestein. — Audifax löste ein Stück ab, versteinten Tropfen gleich saß der eingesprengte Stoff in der Spalte, strahlend, rundlich, goldgelb, und in weißrötlicher Druse hafteten Opalkristalle.

Prüfend sah Ekkehard auf das abgelöste Stück. Der Stein war ihm fremd. Edelstein war's nicht; die gelehrten Männer haben ihn später Natrolith genannt.

Seht Ihr, daß ich etwas weiß! sprach Audifax.

Was soll ich damit? fragte Ekkehard.

Das wißt Ihr besser als ich, Ihr könnt's schleifen lassen und Eure großen Bücher damit verzieren — gebt Ihr mir den Zauber.

Ekkehard mußte des Knaben lachen. Du sollst Bergknappe werden, sprach er und wollte gehen.

Aber Audifax hielt ihn am Gewand.

Ihr müßt mich jetzt aus Eurem Buch lehren!

Was?

Den stärksten Spruch . . .

Eine Anwandlung des Scherzes kam über Ekkehards ernstes Antlitz. Komm mit mir, sprach er, du sollst ihn haben, den stärksten Spruch.

Frohlockend ging Audifax mit ihm. Da sagte ihm Ekkehard lachend den virgilianischen Vers:

Auri sacra fames, quid non mortalia cogis
Pectora? *)

und mit eiserner Geduld sagte Audifax die fremden Worte her, bis er sie sprachrichtig dem Gedächtnis eingeprägt.

Schreibt mir's auf, daß ich's auf dem Leib tragen kann, bat er ihn.

Ekkehard gedachte den Scherz vollständig zu machen und schrieb ihm die Worte auf einen dünnen Pergamentstreifen, der Knabe barg's in seiner Brusttasche; hoch schlug sein Herz, wiederum küßte er Ekkehards Gewand — in Sprüngen, wie sie die kletterfrohste Ziege nicht machte, sprang er aus dem Hofe.

Bei diesem Kinde gilt Virgilius mehr als bei der Herzogin, dachte Ekkehard.

Des Mittags saß Audifax wieder auf seinem Steinblock. Aber es perlten keine Tränen mehr in seinen scheuen Augen; seit langem zum erstenmal war die alte Sackpfeife wieder mit ihm auf die Ziegenhut ausgezogen, der Wind trug die Klänge ins Tal hinab. Vergnügt kam seine Freundin Hadumoth zu ihm herüber. Wollen wir wieder Seifenblasen machen? frug sie ihn.

Ich mache keine Seifenblasen mehr! sprach Audifax und blies auf seiner Pfeife weiter. Dann stand er auf, sah sich sorgsam um, zog Hadumoth zu sich — sein Auge glänzte seltsam; ich bin beim heiligen Mann gewesen, raunte er ihr ins Ohr, heute nacht heben wir den Schatz, du gehst mit. Hadumoth versprach's ihm.

(Fortsetzung folgt.)

*) Brauchst du Hunger nach Gelde, wozu nicht zwingst du des Menschen unversöhntes Gemüt?

Zu den Landtagswahlen am 30. Oktober

Die „entschiedene Politik" der Deutschnationalen

Die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung" macht Stimmung für eine „entschiedene Politik", da „Mittelparteien den Gegensatz verwischen" und eine „mannhafte Politik" — natürlich im Sinne der deutschnationalen Reaktion — nottue. Uns verwundert diese Kampflust bei den Anhängern der militaristischen Gewaltpolitik nicht, wenn sie auch bei einigermaßen Verstand am Ausgang des unbeschränkten U-Bootkrieges gelernt haben sollten, wo die „mannhafte und entschiedene Politik" hinführt. Dies schiert allerdings die blaue Reaktion wenig. Denn diesmal soll es ja gegen den „inneren Feind" gehen — ein Feind muß für den Militaristen immer dasein — und mit dem glauben die säbelrasselnden Herrschaften schon fertig zu werden, vorausgesetzt, daß die Arbeiterschaft ihnen keinen Strich durch die Rechnung macht.

Der Kampf um den Landwirt im 1. Landtagswahlkreis

Man schreibt uns aus dem Seekreis: Es ist gewiß keine alltägliche Erscheinung, daß sich die um die Stimmen der Wähler bewerbenden Parteien fast ausschließlich auf einen Stand werfen. Das ist bei uns der **Bauernstand.** Um die Stimme des Landwirts bemühen sich im 1. Kreis sehr auffälligerweise fast alle Parteien. Das **Zentrum** hat den Landwirt und bisherigen Abg. **Weißhaupt** an die Spitze seiner Kreisliste gestellt, die **Demokraten** präsentieren den Landwirt **Hugle,** der Landbund den Landwirt **Kaiser** und die **Deutschnationalen** den Landwirt **Hildbrand.** Sogar die **Kommunisten** tragen dieser Rücksichtnahme auf den Landwirt Rechnung. Auf ihrer Landesliste steht an zweiter Stelle der Landwirt **Gäßler** in Kirchenhausen, woselbst schon bei der Reichstagswahl 43 kommunistische Stimmen — obwohl Kirchenhausen ein reiner Landort ist — abgegeben worden sind.

Der Bauer im Seekreis hat also eine große Auswahl von Kandidaten. Die Sozialdemokratie hat bekanntlich den Genossen **Großhans** aus Konstanz aufgestellt, der kein Landwirt ist, aber unbestrittenermaßen sich großer Gunst auf dem Lande und bei sehr vielen Landwirten erfreut. Sicher ist zweifellos, daß ein Teil Landwirte, die bisher im 1. Kreis das Zentrum oder den Demokraten gewählt haben, zum Landbund übergehen. Dieser hofft, im 1. Kreis unbedingt ein Mandat zu bekommen, also 10 000 Stimmen auf sich zu vereinigen. Unsere Partei braucht 3200 Stimmen mehr, als sie bei der Reichstagswahl von 1920 aufgebracht hat, um das 1. Mandat zu erhalten. Sie glaubt, diese sicher zu erhalten, denn die Unabhängigen und Kommunisten haben in Singen, Stockach, Radolfzell und Konstanz so ziemlich abgewirtschaftet. Zudem haben bei der Wahl von 1920 volle 40 000 Wähler ihr Wahlrecht nicht ausgeübt. Diese Wahlsäumigen werden hoffentlich am 30. Oktober zur Urne gebracht werden können.

Am vorigen Samstag sprachen im 1. Kreis Minister **Remmele,** sowie die Abgg. **Arnold, Großhans, Hahn, Kahn** und **Weißmann,** ferner Redakteur **Reinbold,** Landtagskandidat **Schieferdecker** usw. mit guten Erfolgen.

Vom Zusammenbruch der demokratischen Partei

Frohlockend entnimmt die „Badische Post" in Heidelberg, das Landesorgan der Deutsch-Liberalen Volkspartei, folgenden Bericht der immer noch der demokratischen Partei zuzuzählenden „Badischen Landeszeitung" über eine Karlsruher Versammlung der Deutsch-Liberalen Volkspartei:

„In einer auswärtigen Zeitung ist der Liberalen Volkspartei dieser Tage in tendenziöser Weise der Vorhalt gemacht worden, daß es ihr in Baden an Führern fehle. Die Gerechtigkeit verlangt die Feststellung, daß schon **allein der Ausschnitt,** den die gestrige Versammlung darbot, beweist, daß die Partei über Kräfte verfügt, die ausgezeichnet zu Volksvertretern vereigenschaftet sind. Wer die Ausführungen dieser offenkundig charaktervollen, auf allen Gebieten beschlagenen, gewandten Politiker anzuhören Gelegenheit hatte, **dürfte bei der Wahl am 30. Oktober nicht mehr die sprichwörtliche Qual haben.**"

So naheliegend hierzu Bemerkungen über die zusammenbrechende demokratische Partei wären — angesichts dieses Verhaltens der „Badischen Landeszeitung", die ihrer eigenen Partei solcherart in den Rücken fällt, muß man jedoch davon absehen, da einem das Gefühl des Ekels kommt über eine Pressetreiberei, die nach außen hin unter demokratischem Gewand marschiert und innerlich den Rechtsparteien zuzählt wie so mancher „wackere Demokratenmann".

Kommunistische Phraseologie

In einer am letzten Samstag von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlversammlung in **Hornberg,** in welcher Genosse Minister **Remmele** sprach, war von dem halben Bäckerdutzend kommunistischer Anhänger in dieser Gemeinde als Diskussionsredner der Gewerkschaftssekretär **Maddalena** von Singen erschienen. Da er offenbar der Meinung war, auch in dieser von der Sozialdemokratie veranstalteten Versammlung die Möglichkeit freier Diskussion zu einem zweiten Versammlungsreferat auszunützen, wurde ihm von der Versammlungsleitung nach einer halbstündigen Rede bedeutet, zu Ende zu kommen. Die ihm noch zugelassene Redezeit benützte er dazu, einer staunenden Zuhörerschaft zu erzählen, warum die Diktatur in Rußland zu einer völligen Verelendung der Massen geführt habe. Rußland sei von kapitalistischen Staaten umgeben, die nicht nur mit wirtschaftlichen Mitteln den Kampf gegen die Sowjetregierung führten, sondern es auch zwangen, sich militärisch zur Wehr zu setzen. Es dürfte da **nicht Wunder nehmen, wenn Rußland die gebotene kapitalistische Hilfe fremder Staaten jetzt annehme,** um das Land vor dem Untergange zu retten. Als im vorigen Jahr bei der Reichstagswahlagitation sozialdemokratische Redner auf die **gleichen Gefahren für Deutschland, im Falle es die kommunistische Diktatur erhalte,** hinwiesen, die hier noch schärfer in die Erscheinung treten müßte, weil im Gegensatz zu Rußland Deutschland kein Agrarstaat mehr ist und ein rohstoffarmes Land, da hatten die Kommunisten ob solch spießerhafter Angstmeierei nur **Hohn und Spott.** Man organisierte damals ja noch den Zug deutscher Industriearbeiter nach Rußlands Gefilden, um dort in goldener Sowjetfreiheit der Sowjetmacht zu dienen und die Schätze dieser Erde zu heben. Bald aber kamen sie wieder, die da als Retter der russischen Industrie ausgezogen waren und erzählten, **wie schrecklich bei Licht gesehen der Arbeiter in Rußland wirtschaftlich geknechtet sei.** Was genierte das die in Deutschland herumreisenden kommunistischen Agitatoren. Der Weltrevolution entgegeneilen wollten sie an der Spitze der Masse.

Es versteht sich, der Kommunist **Maddalena** bekam mit seinen Getreuen in Hornberg von Remmele hierüber das Nötige gesagt. Mit heller Wut in den Augen saßen seine Getreuen im Saal, von Zeit zu Zeit ein kräftiges Brummen und Schimpfen hören lassend.

Am schönsten Sonntag Morgen zog dann Maddalena hinauf in die Berge nach dem schönen **Triberg.** Auf einem freien Platz sprach er zu zwei Dutzend seiner Getreuen fürchterlich bös über den sozialdemokratischen Innenminister von Baden. Und sein Ergebnis? Am Montag abend konnte Genosse **Remmele** auch nach **Triberg** kommen, um in einer **glänzend aus Aushängern aller Parteien besuchten Versammlung der Einwohnerschaft von Triberg** zu sagen, **wie** die Schwierigkeiten aussahen, welche dem Wiederaufbau Deutschlands von kommunistischer und deutschnationaler Seite in den Weg gewälzt wurden. Diese Versammlung dürfte für die Sozialdemokratie einen **guten Erfolg** zeitigen.

Kann Herr Schmitt aus Bretten zwei Herren dienen?

Man schreibt uns: Der Herr Rechtsanwalt Schmitt aus der Amtsstadt Bretten hat ein gutes Geschick, den Landwirten schön nach dem Munde zu reden. Er selbst will jedoch nur von deutschnational gesinnten Bauern gewählt werden, alle anderen sollen für den Landbund stimmen. Merkst was, Bauer? Herr Schmitt kann auch nur einem Herrn dienen, und der heißt Deutschnationale Volkspartei. Die Landbundliste ist nichts als ein groß angelegter Wahlschwindel der Deutschnationalen, gemacht für solche, die nicht alle werden. Landbund und Deutschnationale sind eins und dasselbe. Darum: Augen auf, Bauern!

---

gehabt. Um so dringender ist es, daß am Ausbau der Organisation und an der Verbreitung der Presse mit aller Kraft gearbeitet wird."

Die unabhängige „Freiheit" sagt Wahrheiten in der oben zitierten Auslassung. Aber diese Wahrheiten sind eine schneidende und schwere Anklage gegen die Unabhängigen. Sie haben nicht nur die organisatorische Einheit der sozialistischen Kampffront zerrissen, sondern sie haben auch Jahre hindurch in Wort und Schrift den Bruderkampf geschürt und geführt, bis die von der „Freiheit" nun in großem Schreck selbst betonten Niederlagen eingetreten sind.

Das sollten sich die Arbeiter in Baden auch am 30. Oktober merken, an welchem Tage abermals bewiesen werden wird, daß die Unabhängigen und Kommunisten mit ihrer Politik Schiffbruch gelitten haben und Schiffbruch leiden mußten.

Der Sieg zum Greifen nahe!

Je weiter wir uns vom Zusammenbruch des November 1918 entfernen, um so ungenierter wird über dessen Ursachen **gelogen.** Wie weit man damit schon gekommen ist, wird einem **erst klar,** wenn man die Aeußerungen der Reaktionäre zu diesem Thema zusammengefaßt vor sich hat. Kommt dazu noch eine umfassende Dokumentensammlung über die Tatsachen, **wie sie wirklich waren,** dann zweifelt man nicht mehr daran, daß von den „Dolchstößlern" mit Bewußtsein gelogen wird.

Genosse **Kuttner** hat jetzt im Verlag für Sozialwissenschaft eine 32 Seiten umfassende Broschüre erscheinen lassen, die die eben von uns erwähnten Voraussetzungen erfüllt. Unter dem Sammeltitel **„Der Sieg war zum Greifen nahe!"** reiht Kuttner authentische Zeugnisse vom Frontzusammenbruch aneinander, die vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, vom Kronprinzen Rupprecht von Bayern, vom Generalfeldmarschall Hindenburg, vom Generalquartiermeister Ludendorff, vom Forstrat Eicherich, von der Obersten Heeresleitung, vom Reichskanzler Bethmann-Hollweg und von anderen stammten. Ihnen stellt er gegenüber, was in der letzten Zeit von solchen Leuten wie dem Freiherrn **v. Wangenheim-Klein-Spiegel,** dem Generalmajor Grafen **v. d. Goltz,** von **Ludendorff** selbst und von anderen behauptet worden ist. Ein besonderes Kapitel behandelt die sogenannten **schändlichen Verleumdungen der Offiziere.** Kuttner stellt eine Anzahl Menukarten des Großen Hauptquartiers dem Essen der Mannschaften, wie es aus einer Verfügung des Reichswehrministeriums zu erkennen ist, gegenüber. Ebenso treffend, kurz und bündig ist das Kapitel, das die Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen, ihre Väter und ihre Kritiker beleuchtet. Hier sind die Festreden, die auf Frontkämpfertagen und bei sonstigen Gelegenheiten in jüngster Zeit von den wahren Schuldigen des Zusammenbruchs unter völliger Verdrehung der Tatsachen gehalten worden sind, einmal gründlich untersucht.

Der für die Agitation, für den politischen Tageskampf besondere Wert der Kuttnerschen Broschüre liegt nicht nur darin, daß sie technisch gut aufgemacht und in leicht lesbarer Type gedruckt ist; der Autor dieser Arbeit hat auch darauf verzichtet, neben oder vor das von ihm gebrachte Material zu treten. Er verschwindet völlig hinter den **authentischen Zeugnissen** vom Frontzusammenbruch. Er wird seine Arbeit zu einer abgerundeten Sammlung wichtigsten Materials, die von durchschlagendstem Werte ist. Sie gibt unseren Genossen, die in der Agitation stehen, die Unterlagen, die sie im politischen Meinungskampfe brauchen. Die Arbeit: „Der Sieg war zum Greifen nahe!" ist wegen der Gewichtigkeit der von ihr verwerteten Zeugen, die ja alle ausschließlich dem alten Regime angehören, aber auch dazu geeignet, denen in die Hand gegeben zu werden, die sich ein eigenes Urteil bisher über den Zusammenbruch von 1918 noch nicht zu bilden vermochten.

„Ein Spiegelbild der Deutschnationalen"

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Berliner Volkszeitung":

In Danzig ist die Reaktion bis auf die Knochen blamiert worden. Im „Deutschen Volksrat", der vom Heimatdienst herausgegebenen Zeitschrift, wurde der dokumentarische Nachweis erbracht, daß der Herausgeber der ultrareaktionären, nationalistischen „Ostwacht", ein Herr Luedecke, der Mitglied der Deutschnationalen Partei ist, während des Krieges englischer Agent gewesen ist und auch an Polen Berichte geliefert hat. Nun kann eine Partei nicht für jeden Schubjack verantwortlich gemacht werden, der sich in ihre Reihen eingeschlichen hat, aber es ist doch nicht zufällig, daß der Verräter Luedecke sich mit den Deutschnationalen so innig angebiedert hatte. Hier fand er nämlich die **Leute, die sich durch ein paar Phrasen und Schlagworte so begeistern ließen, daß sie ihrem „Vorkämpfer blindlings" folgten und ihm anvertrauten, was er hören wollte — um es an Polen weiter zu berichten.** Mit einem für die Deutschnationalen geradezu niederschmetternden Zynismus gesteht Luedecke, der zugleich Mitglied des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ist, den Tatbestand zu. Zur Begründung für seine Handlungsweise erklärt er, er habe **„die Reaktion mit ihren eigenen Waffen schlagen"** wollen. Da er Vertrauensmann der Deutschnationalen war, kennt er ihr Wesen ganz genau. Er entwirft von ihnen folgendes hübsche Konterfei:

„Solch **rohes Geplärr,** wie ich es in der **„Ostwacht"** drucken ließ, **konnte nur dem wenig wählerischen Geschmack der Alldeutschen wohltun.** Und die „Ostwacht" tat ihnen wohl! Täglich gewann ich neue Mitarbeiter, jede Post brachte mir **Lobes- und Anerkennungsschreiben.** Als ich das **auf die Blödheit der Reaktion zugeschnittene Gedicht zur Verherrlichung der Ermordung Erzbergers** vom Stapel ließ, glaubte ich die Saite überspannt zu haben; **aber nein, die Dummheit der Herren Alldeutschen war doch noch größer als ich annahm,** und ich erhielt — nicht weniger als **32 Glückwünsche und Lobesschreiben** aus den Kreisen **Danzigs** und auch des **gesamten Deutschen Reiches.**"

Ein vornehmer Charakter ist, so schreibt die „Berliner Volkszeitung", der Herausgeber der „Ostwacht" gewiß nicht, aber er ist ein Menschenkenner, und wenn er auch seine deutschnationalen Parteifreunde über seine Gesinnung und seine Absichten täuschte, was ihm bei dem Mangel an kritischem Gefühl in jenen Kreisen nicht schwer fiel, so spricht er wenigstens jetzt die Wahrheit. Sie ist für unsere Nationalisten vernichtend.

Aus der Partei

Flugblatt-Verbreitung

Um Versandkosten zu sparen, werden die Ortsvereinsvorsitzenden und Vertrauensleute, soweit sie die Möglichkeit dazu haben, ersucht, am Freitag, oder Samstag die Flugblätter, Stimmzettel usw. im Volksfreund abzuholen.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

f. **Aue,** 20. Okt. **Sozialdem. Verein.** Samstag, 22. Okt., abends 8 Uhr, findet im „Schwanen" eine Mitgliederversammlung statt. Da die Einteilung der Wahlarbeit vollzogen werden muß, ist es Pflicht eines jeden Genossen, in der Versammlung zu erscheinen. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, eine Stunde früher, also um 7 Uhr, zu erscheinen, da eine sehr wichtige Sache noch zu erledigen ist. Genossen! Nur noch kurze Zeit trennt uns von der Wahl! Tue jeder seine Pflicht als klassenbewußter Arbeiter, dann kommen wir auch unserm gesteckten Ziele entgegen.

Blankenloch, 21. Okt. Die zum Sonntag, 23. Okt., geplante Versammlung muß eingetretener Umstände wegen auf Samstag, 29. Okt., verschoben werden. Wir ersuchen unsere Genossen, heute schon dafür eine lebhafte Propaganda zu entfalten

c. **Forst,** 19. Okt. Samstag, 22. Okt., abends 8 Uhr, findet im „Schwanen" eine Parteiversammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen zu erscheinen.

r. **Kleinsteinbach,** 18. Okt. Samstag, 22. Oktober, findet im Gasthaus zum „Adler" eine Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten zu regeln sind. Beginn der Versammlung um 8 Uhr abends. — Sonntag, 23. Oktober, abends ½8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Adler" eine öffentliche Volksversammlung statt. Die Parteigenossen, sowie Volksfreundleser und Freunde unserer Sache, besonders auch die Frauen und Mädchen sind zu dieser Versammlung eingeladen. Ein Redner aus Karlsruhe wird sprechen. Der „Volksfreund" liegt im Parteilokal Gasthaus zum „Adler" und in der „Krone" auf.

Muggensturm, 21. Okt. **Sozialdemokratischer Wahlverein.** Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im „Lamm" eine wichtige **Versammlung** statt. Die Mitglieder werden dringend gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Wahlkampf

Abgesägte Kommunistenhosen hat es, wie uns berichtet wird, am Mittwoch abend in **Aue bei Durlach** gegeben. Die Kommunisten haben nämlich durch die Ortsschelle und Plakate an allen Straßenecken bekannt gegeben, daß am genannten Abend im „Sternen"-Saal eine große öffentliche Wählerversammlung stattfinden soll. „Arbeiter, Angestellte, Beamte, erscheint in Massen" hieß es auf den Plakaten: aber außer dem Referenten Herrn Heimburger-Durlach und seinen mitgebrachten beiden Begleitern ist niemand erschienen, um das kommunistische Evangelium zu hören. Etwas verdutzt saßen die drei eine Zeitlang in dem geräumigen Saal und machten dumme Gesichter. Daß nicht einmal die „Kommunisten" sich nennenden Auer Arbeiter, ja noch nicht einal die 4—5 Bezieher der „Roten Fahne" erschienen, haben sie wohl nicht gedacht. Nachdem sie etwa eine Stunde gewartet hatten, packten sie auf und zogen mit abgesägten Hosen wieder gegen Durlach. Die Ausschellgebühren haben sich also diesmal nicht rentiert.

l. **Hagsfeld,** 19. Okt. Dienstag abend fand hier unsere erste öffentliche **Wählerversammlung** statt, die gut besucht war. Als Referent war Arbeitsminister Gen. Dr. **Engler** erschienen, der es trefflich verstand, in großangelegten Ausführungen die inner- und außenpoiltischen Verhältnisse im Reiche den Anwesenden vor Augen zu führen. Uebergehend zur Tätigkeit im badischen Landtag, besprach Redner die Gesetze, die der Landtag erledigt hat, vor allem die Verfassung, streifte die Koalitionspolitik und ging über zu den Aufgaben, die im kommenden Landtag harren, wozu vor allem die Wohnungsfrage, Schulgesetz usw. gehören. Mit eindringlichen Worten wies Gen. Engler am Schluß seiner Ausführungen darauf hin, wie notwendig es ist, daß alle mitarbeiten am Aufbau unseres Wirtschaftslebens und daß es Pflicht aller ist, am Wahltage den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne zu werfen. Lebhafter Beifall dankte dem Redner. In der Diskussion meldeten sich keine Gegner. Unser Genosse **K. Schmidt** kritisierte das Flugblatt der kommunistischen Partei und ihr Verhalten gegenüber der Arbeiterbewegung. Gen. **Böhringer** konnte die gut verlaufene Versammlung schließen mit dem Wunsche, daß am 28. Oktober die Versammlung des Genossen Hauptlehrer Haebler noch besser besucht werde und

daß hauptsächlich die Frauen und wahlberechtigten Töchter in stärkerer Zahl erscheinen mögen.

r. **Neibsheim**, 17. Okt. Letzten Sonntag fand hier eine öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Hipp-Karlsruhe sprach in 1½stündiger Rede über die Bedeutung der badischen Landtagswahlen. Besonders eingehend behandelte er die Schulpolitik, ebenso die Steuerfragen. Die Versammlung war von 45 Wählern besucht, die dem Vortrag lebhaften Beifall zollten. Zur Diskussion meldete sich niemand, worauf Gen. Vollmer-Gondelsheim die Versammlung schloß.

r. **Gondelsheim**, 17. Okt. Letzten Sonntag hielt die Deutschdemokratische Partei hier eine Wählerversammlung ab, die auch von Landbündlern, Deutschnationalen und Sozialdemokraten besucht war. Es dürfte wohl das erste Mal in unserem Orte gewesen sein, daß in einer politischen Versammlung solch eine vielseitige Diskussion stattfand. Von unseren Genossen wurden die Ausführungen der Redner, die sich mit unserer Partei beschäftigten, unter die kritische Lupe genommen und Angriffe zurückgewiesen. Ein Studiosus namens Frei, ein deutschnationaler Jüngling, machte in Antisemitismus und zog über die Juden her, auch hat der junge Mann große Sehnsucht nach der alten Zeit. Den Gipfel erreichte sein anmaßendes Auftreten, als er dem Referenten, dem Minister Hummel, vorwarf, die Herren würden an ihren Posten kleben. Der junge Herr wurde dann gründlich abgeführt. Die Deutschnationalen haben mit diesem Auftakt keine Lorbeeren geholt.

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarkts

Der Arbeitsmarkt hat sich auch in der Berichtswoche weiterhin etwas gebessert. Die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen und der Kurzarbeiter sind wiederum gesunken, annähernd gleichgeblieben ist die Notstandsarbeiterziffer.

Infolge des Oppauer Unglücks mußte das Gipswerk der badischen Anilin- und Sodafabrik, Neckarzimmer, Amt Mosbach, den Betrieb größtenteils stillegen; immerhin besteht Aussicht, daß wenigstens ein Teil der zur Entlassung Gekommenen bei einem Mosbacher Fabrikneubau Beschäftigung findet.

Der Bedarf an Steinhauern (insbesondere Granitbauern) konnte immer noch nicht befriedigt werden. Die Maschinenindustrie forderte Werkzeugmacher, Schleifer und -Härter an; doch kann von einem Mangel an Arbeitskräften im allgemeinen nicht die Rede sein. Der gute Geschäftsgang in der Textilindustrie hält an. Auch das Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist insbesondere im Schreiner-, Drechsler- und Küferberuf gut beschäftigt. Der Beschäftigungsgrad im Schneidergewerbe ist gegenwärtig gut; bei den Schuhmachern läßt er immer noch zu wünschen übrig. Der Bedarf an Bauhandwerkern ist immer noch ganz erheblich, die Nachfrage nach tüchtigen Arbeitskräften im Handel hat sich verstärkt, das gleiche kann teilweise von den Technikern gelten.

Gewerkschaftliches

Sie können auch anders

Bekanntlich ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ein treuer Diener der Arbeiter- und Angestellten feindlichen Deutschnationalen Volkspartei. Jener Partei, die geführt wird neben einer kleineren Anzahl von seltsamen Professoren in der Hauptsache von den ostelbischen Junkern. Die Deutschnationalen Handlungsgehilfen schwören deshalb treu ihren großen Vorbildern auf die alte schwarz-weiß-rote Fahne. Man sollte annehmen, daß ihnen diese Farbe eine Sache der Ehre und des Gewissens ist. Wer dies bisher angenommen hat, wird enttäuscht sein, wenn er erfährt, daß die Herren, wenn es die „Geschäfte" oder die „Umstände" verlangen, auch anders können.

Die „Welt am Montag" bringt nämlich folgende Notiz: „Die Judenfahne" als deutschnationales Wahrzeichen. Aus Tirol schreibt man uns: In Insbruck gegenüber der Universität, gibt es ein Haus mit dem Schilde „Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Sitz Hamburg". Das ist ja an und für sich noch nicht etwas Entsetzliches, aber — als Wappen führt das Schild die mit goldenen Eicheln geschmückten schwarz-rot-goldenen Reichsfarben!

Die „Welt am Montag" sagt dazu: „Was sagen die reichsdeutschen Deutschnationalen, die sich gerade in Hamburg in Beschimpfung der Reichsfarben gar nicht genug tun können, zu diesem Verhalten ihrer österreichischen Gesinnungsgenossen?"

Das Berliner Blatt kennt die Deutschnationalen aller Schattierungen offenbar noch nicht völlig, sonst würde sie diese Anfrage an die Deutschnationalen unterlassen. Wer sie kennt, ist nicht überrascht. Sie werden immer die Maßnahmen ohne Skrupel ergreifen, die dem Zwecke dienen, getreu dem altbewährten Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel". Wundern müssen wir uns nur, daß es immer noch Angestellte gibt, die zwar mit den Deutschnationalen geistig auch nicht das Mindeste zu tun haben, die aber aus Bequemlichkeit immer noch hinter dem Wagen dieser Leute herlaufen. Diese Angestellten haben wirklich kein Verständnis dafür, daß sie durch die Stärkung der reaktionären nationalistischen Verbände ihre eigenen Interessen aufs schwerste verletzen.

Gemeindepolitik

Badischer Gemeindeverband

Der geschäftsführende Ausschuß des Badischen Gemeindeverbandes hielt in Rohrbach bei Heidelberg eine Sitzung ab, die sich u. a. mit der Besteuerung der Wanderlager und des Hausierhandels befaßte und sich dahin aussprach, daß infolge des Ueberhandnehmens des Hausierhandels die gemeindliche Besteuerung der Wanderlager und des Hausierhandels erforderlich ist. Die Regierung wird ersucht, eine entsprechende Bestimmung in das kommende Gemeindeabgabengesetz aufzunehmen, wobei auf die Jahrmärkte Rücksicht genommen werden soll. — Ferner sprach sich der Ausschuß dahin aus, der Anregung, wonach zur Ermittelung und Schaffung neuer Wohnungen, sowie zur Förderung des Wohnungsaustausches sogen. Distriktswohnungsbureaus errichtet werden sollen, keine Folge zu geben sei, da weitere Behördenorganisationen vermieden werden und die Vorschriften über die Wohnungszwangswirtschaft eher abgebaut als aufgebaut werden sollen. Den Bestrebungen, das Standesamtswesen von den Gemeinden zu trennen und zu zentralisieren wurde entgegengetreten.

Da die Mietzinse für Lehrerwohnungen neu geregelt werden mußten, haben sich dabei vielfach Schwierigkeiten ergeben. Der Ausschuß war der Meinung der Unterrichtsverwaltung, daß Streitigkeiten zwischen Gemeinden und Lehrern durch eine besondere Kommission geschlichtet werden sollen, damit die Entschließung des Bezirksrates nur in Ausnahmefällen eingeholt werden muß. Zur Sprache kamen dann die Jagd- und Fischereipachtzinse, die vielfach nicht mehr im Verhältnis zu den Pachterträgnissen stehen. Es wurde beschlossen, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die Bestimmungen der Reichspachtschutzordnung und der Bad. Rechtsschutzordnung auch auf Jagd- und Fischereipachtverhältnisse Anwendung finden, damit eine vorzeitige Auflösung des Pachtverhältnisses möglich gemacht wird.

Mannheim, 18. Okt. Oberbaurat Ziegler hat ein Projekt für ein Bureauhaus ausgearbeitet, wodurch dem Mangel an Bureauräumen etwas abgeholfen werden soll. Vorgesehen ist ein mit zwei Türmchen versehenes Hochhaus mit 13 Vollgeschossen und zwei Untergeschossen. Als Baugrund kommt der Goetheplatz in Frage, der von vornherein zur Ueberbauung bestimmt war. Die Idee des Wolkenkratzers gewinnt also auch im deutschen Städtebau Boden; denn das als Handelshof gedachte Bureauhaus wird den Wasserturm überragen. Es sollen Verkaufs-, Ausstellungs- und Kontorräume untergebracht werden, daneben Räume für gesellige Veranstaltungen der Handels- und Industriekreise und selbstverständlich Säle zu ernster Beratung. Auch ein Restaurant und Caffee wird nicht fehlen. Der ganze Bau, der über 16 000 Quadratmeter nutzbaren Raum abgibt, soll auf 32 Millionen Mark zu stehen kommen; die Mieten eine 12prozentige Verzinsung bringen. Ein derartiges Bureauhaus dürfte zum Repräsentanten für die Bedeutung des Mannheimer Wirtschaftslebens werden. Es ist auch schon der Plan aufgetaucht, am gleichen Platze ein großes Hotel zu errichten.

Konstanz, 18. Okt. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner heutigen Sitzung debattelos 1 Mill. Mark zur Errichtung einer Gleichrichteranlage; die Anlage ist notwendig durch die Ueberlastung des Elektrizitätswerkes. — Am Schluß der Tagesordnung legte der Führer der Zentrumsfraktion, Stadtverordneter Dr. Baur dem Stadtrat und dem Bürgerausschuß einen Antrag auf Errichtung eines Bürgerheimes für Kleinrentner vor. Nach der eingehenden Begründung sind hierfür 4 Millionen Mark notwendig.

* **Lörrach**, 18. Okt. Wie aus dem letzten Bericht der Gemeinderatssitzung hervorgeht, werden vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses als Hilfe für die Notleidenden in Rußland 3000 M bewilligt für das Rote Kreuz, nachdem dieses erklärt hat, die Verwendung der Mittel zugunsten der Hungerleidenden zu übernehmen.

nis und 5 Jahre Ehrverlust.

Jugend und Sport

Fortschritte in der Arbeiter-Sportbewegung

Der Wandersport gewinnt besonders in den mit Industriearbeitern durchsetzten ländlichen Gemeinden immer mehr neue Anhänger. Es ist dies ein Beweis dafür, daß auch dort Sinn und Verständnis für Körperpflege und Naturbetrachtung Eingang gefunden hat. Am 16. ds. Mts. konnte in Kleinsteinbach eine Ortsgruppe für die Naturfreunde gegründet werden. An die Spitze dieser Ortsgruppe hat sich der dortige Hauptlehrer gestellt. Zur Nachahmung für die Lehrer in anderen Gemeinden empfohlen.

o. **Auch im Albtal gehts vorwärts.** Der Turnverein Reichenbach, der bisher der Deutschen Turnerschaft angehörte, beschloß in seiner kürzlich stattgefundenen Generalversammlung mit überwältigender Stimmenmehrheit den Austritt aus derselben und befürwortete die Verschmelzung mit dem dortigen Arbeiter-Fußballklub „Alemannia" unter **Anschluß an den Arbeiter-Turn- und Sportbund.** Den erneuten Anstoß gab die Beteiligung der deutschen Turner an den Regimentstagen in Heidelberg usw., sowie die hurrapatriotische Kundgebung in Lahr, das den jungen Landturnern doch zu weit ging. Die praktische Durchführung der Verschmelzung ist bereits vollzogen. Der Verein trägt den Namen „Turn- und Sportverein Reichenbach (1. Vors. Jos. Seiberlich). Wir begrüßen die neuen Sportsgenossen in unseren Reihen. Ein „Frei Heil" den mutigen, wackeren Kämpfern!

Die Karlsruher Athletengesellschaft weilte am Sonntag in Pforzheim bei dem Freien Ring- und Stemmklub Pforzheim zum Retourmatsch im Ringen. In dem ersten Kampf hier am 29. August ging Karlsruhe als Sieger hervor mit 13 : 11 Punkten und im Retourmatsch am Sonntag ebenfalls mit 14 : 10 Punkten. Karlsruhe gewinnt den Städtematsch Pforzheim-Karlsruhe mit 27 : 21 Punkten. Die Karlsruher Athleten-Gesellschaft wird für die nächsten Jahre noch ein harter Gegner für manchen Verein sein.

Kleine badische Chronik

* **Mannheim**, 19. Okt. Steckbrief. Vom Untersuchungsrichter wird der 1885 in Neunkirchen geborene Metzger Heinrich Wentzel wegen eines in Mannheim begangenen Verbrechens des Raubes steckbrieflich verfolgt.

* **Hornberg**, 19. Okt. Eine Seltenheit. Eine Seltenheit in der Landwirtschaft kann man laut „Echo vom Wald" zur Zeit auf dem sogenannten Höfle in Schramberg beobachten. Dort ist dem Besitzer die Gerste aus den Körnern, die aus den Garben fielen, zum zweiten Male in die Halme gewachsen und wenn die jetzige schöne, warme Witterung anhält, kann er nochmals ernten, wenns auch wohl keine ganz reifen Aehren mehr gibt.

Klengen (A. Villingen), 20. Okt. Ueberfall. Der hiesige Landbriefträger wurde auf einem Bestellgang zwischen Tannheim und Ueberrauchen überfallen, dabei wurden ihm seine Dienstgelder in Höhe von 5000 M geraubt und seine eigene Barschaft von 118 M. Auch ein Betrag von 40 M in Briefmarken wurde ihm gestohlen. Die noch unerkannten Täter sollen sich im Alter von 24 und 26 Jahren befunden haben.

* **Villingen**, 18. Okt. Das am Sonntag stattgefundene ländliche Heimat-, Erntedank- und Trachtenfest hatte aus dem ganzen Kreis Villingen Tausende und Abertausende in unsere Stadt geführt. Der Festzug an dem etwa 800 Trachtenträger vom Schwarzwald, aus der Baar, vom Kinzigtal usw. teilnahmen, gewährte ein außerordentlich farbenprächtiges Bild. Der Hauptteil des Festes spielte sich in der Fest- und Turnhalle ab. Er bestand neben Musikvorträgen und einem Erntedankfest mit Deklamationen und Chören aus verschiedenen dramatischen und poetischen Vorträgen und einem Schwarzwald-Volksstück. Daran reihte sich eine Trachtenschau und ein ländlicher Festball. Im Verlauf der glänzend gelungenen Veranstaltung wurde auch eine Sammlung für die Opfer von Oppau vorgenommen, die ein recht schönes Ergebnis hatte. Das Fest war ein Versuch zu dem vom Festausschuß für das nächste Frühjahr in Aussicht genommenen Gautrachtenfest mit landwirtschaftlichen Ausstellungen. Seine weitere Bestimmung, zwischen Stadt und Land die gegenseitige Mißstimmung beseitigen zu helfen, darf, wie die ganze Veranstaltung, als geglückt bezeichnet werden.

* **Donaueschingen**, 20. Okt. Dem Photographen August Simon, der sich wegen Anfertigung und Ausgabe falscher Fünfzigmarkscheine im hiesigen Amtsgefängnis in Untersuchungshaft befindet, gelang es, durch einen anderen Gefangenen einen Brief an seine hiesigen Verwandten zu schmuggeln, worauf nun auch die 21jährige Tochter des Buchdruckereibesitzers Emil Simon in Haft genommen wurde.

* **Freiburg**, 18. Okt. Vom Schwarzwaldverein. Erst kürzlich hat der Schwarzwaldverein sein Kartenwerk um das Blatt „Wiesental" bereichert. Nun gab er das Blatt „Hornberg-Triberg" in neuer Auflage heraus. Dieses Blatt reicht nordsüdwärts von Wolfach bis Furtwangen, westöstlich von Bleibach bis über Villingen und ist im Maßstab 1 : 50 000 gehalten.

* **Freiburg**, 19. Okt. Verhaftungen. Verhaftet wurden der Vorstand, der Pächter und Geschäftsführer einer hiesigen Aktiengesellschaft wegen dringendem Verdacht des betrügerischen Bankerotts.

Freiburg, 19. Okt. Nicht geringes Aufsehen erregt hier die Verhaftung der leitenden Persönlichkeiten der „Kasino-Gesellschaft". Drei Personen, nämlich der Geschäftsführer der Gesellschaft, ferner der Direktor und endlich der Pächter des umfangreichen Kasino-Restaurants wurden unter dem dringenden Verdacht des betrügerischen Bankerotts in Haft genommen. Die Hauptgläubiger sollen sich zusammen um Hunderttausende geschädigt fühlen.

* **Oberharmersbach** (A. Offenburg), 20. Okt. Hüttenbrand. Schon wieder fiel eine Schutzhütte den Flammen zum Opfer. Die auf dem Kreuzsattel liegende Unterkunftshütte, die ganz mit Schindeln bedeckt ist, brannte bis auf den Grund nieder. Die Hütte, Fürstenbergisches Eigentum, hat wohl ein Brandstifter angezündet.

* **Schopfheim**, 20. Okt. Brand. Heute früh nach 5 Uhr brach im Neubau der Imprägnierungsanstalt der hiesigen Hanfspinnerei G. m. b. H. ein Brand aus, der in der Bretterverschalung des Dachstuhls gute Nahrung fand. In kurzer Zeit wurde der ganze Dachstuhl eingeäschert. Die Ursache des Feuers ist noch völlig unaufgeklärt. Die Inbetriebnahme dieses Teiles des neuen Unternehmens erleidet nun eine recht unliebsame Verzögerung.

* **Wiesental** b. Bruchsal, 20. Okt. Während der letzten Nacht wurden aus der Zigarrenfabrik Bornhausen 36 000 Zigarren und 12 Ballen überseeische Decke im Werte von 100 000 Mark gestohlen.

* **Konstanz**, 20. Okt. Teuere Milch. Die Schweizermilch kostet infolge des unglücklichen Standes unserer Mark seit Montag 13 M pro Liter Vollmilch und 6 M pro Liter Magermilch. Man rechnet mit weiteren Preiserhöhungen.

* **Konstanz**, 19. Okt. Der Flugpostverkehr Stuttgart—Konstanz wird, wie dies auch bei den übrigen Flugpostlinien in Deutschland der Fall ist, vom 1. Nov. an aus Gründen finanzieller und flugtechnischer Art vorübergehend eingestellt. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird der Flugpostverkehr im kommenden Frühjahr wieder aufgenommen werden.

* **Grenzach**, 20. Okt. Brand. In einem Teil der Fabrik Geigy entstand gestern nachmittag Feuer, das so rasch um sich griff, daß in kurzer Zeit das ganze Gebäude mitsamt den Vorräten dem verheerenden Element zum Opfer fiel. Der Brand forderte auch ein Menschenleben als Opfer, in den Flammen fand Emil Schweizer, ein tüchtiger, zuverlässiger Angestellter, seinen Tod. Ueber die Ursache des Brandes konnte noch nichts ermittelt werden.

Die frohlockenden Sensationspapiere

Unsere vor einigen Tagen an dieser Stelle gebrachte Erklärung in Sachen Fall Baumann ist natürlich für das Sensationsblatt in der Lammstraße, „Badische Presse", ein gefundenes Fressen. In der übergroßen Freude wurde der Redaktion vom Verlag sogar erlaubt, den Namen „Volksfreund" ein Mal in den Spalten anzuführen. Mit breitem Behagen tischt das Blatt seinen Lesern nochmals die ganze Angelegenheit Baumann auf, ausgeschmückt natürlich mit den üblichen Lügen und Entstellungen, ohne die ja die „Badische Presse" nun einmal nicht leben kann. Wir können uns mit der Feststellung dieser neuerlichen Unanständigkeit der „Bad. Presse" begnügen, zumal uns gewisse Vereinbarungen — die allerdings auch loyalerweise für die Gegenseite bestehen sollten —, noch hindern, in der Angelegenheit uns weiter auszulassen. Bei den Charakteranlagen, der politischen und sittlichen Gelenkigkeit und Feigheit der „Bad. Presse" wird allerdings der Fall nie eintreten, daß sie in die Lage kommt, an Gerichtsurteilen politischer oder sozialer Art Kritik zu üben, da für sie nur der gesellschaftliche Skandalprozeß eine Rolle spielt.

Auch das „Karlsruher Tageblatt" greift heute früh den Knoten auf und nagt ihn mit breitem Behagen ab. Wir brauchen diesem Blatt gegenüber, da es mit denselben Entstellungen und Verlogenheiten, wie die Konkurrenz in der Lammstraße arbeitet, nichts weiter zu bemerken, wie daß wir das, was wir hierüber gegenüber der „Bad. Presse" gesagt haben, auch auf das „Karlsruher Tagblatt" ausdehnen. Die Schornalisten der Lamm- und Ritterstraße sind einander würdig.

Gegen das Schwarzbrennen. Mit der Frage der Abfindungsbrennereien und dem Schwarzbrennen befaßten sich Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen Finanzminister Köhler und den Bürgermeistern aus den Amtsbezirken Baden, Bühl, Achern und Oberkirch stattfanden. In der energischen Bekämpfung des Schwarzbrennens waren sich sämtliche Versammlungsteilnehmer einig. Die Bürgermeister werden in der allernächsten Zeit in jeder Gemeinde ihre Brenner zusammenrufen, um ihnen die große Gefahr darzustellen, in der das ganze Recht auf Abfindung schwebt, wenn nicht das Schwarzbrennen aufhört. Es wurde ein Ausschuß gebildet, dem die Bürgermeister von sieben Gemeinden angehören, der zusammen mit dem Finanzministerium Maßnahmen beraten wird, die notwendig sind, um sowohl gegen das Schwarz- und Rübenschnitzelbrennen vorzugehen, wie um das Recht auf Abfindung auch fernerhin zu erhalten.

* **Textilausfuhrverbot im deutsch-schweizerischen Grenzverkehr.** Laut „Textil-Woche" hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf die prekären Grenzverhältnisse ein Ausfuhrverbot für sämtliche Textilien im kleinen Grenzverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland erlassen.

* **Erhöhung des Wagenstandgeldes.** Um den Wagenumlauf zu beschleunigen und die ordnungsmäßige Abwicklung des Verkehrs sicher zu stellen, wird von jetzt ab Wagenstandgeld bis auf weiteres im Gebiet der Reichsbahn auf folgende Sätze erhöht: Für die ersten 24 Stunden 100 M, die zweiten 24 Stunden 150 M, für jede weiteren 24 Stunden 250 M.

Der Schluchsee-Wettbewerb. Die Badische Landeselektrizitätsversorgung A.G. (Badenwerk) veranstaltet einen Ideenwettbewerb über die Ausnützung der Wasserkräfte im Einzugsgebiet der Wutach, der oberen Alb und der benachbarten Flußläufe. Diese hochgelegenen Flußgebiete mit dem natürlichen Wasserspeicher Schluchsee sind geeignet, hochwertige Spitzen- und Ergänzungskraft für die bestehenden und für die auszubauenden unregulierbaren Wasser kraftanlagen zu liefern. Der Wettbewerb soll weiten Kreisen des Ingenieurfachs Gelegenheit bieten, mitzuwirken, um eine möglichst vollkommene und wirtschaftliche Erfassung der wertvollen Kraftquellen zu gewährleisten. Das Badenwerk hat Preise mit 50 000, 40 000 und 30 000 M zum Ankauf weiterer Entwürfe verfügbar. Das Preisgericht besteht aus Geh. Rat Block in Berlin, Oberingenieur Demmel in Baden in der Schweiz, Oberbaurat Meythaler, Geh. Oberbaurat Rebbock und Oberregierungsrat Schellenberg in Karlsruhe. Einreichungstermin für die Entwürfe ist der 1. Februar 1922. Das Programm des Wettbewerbs kann unentgeltlich vom Badenwerk Karlsruhe, Hebelstraße 4, bezogen werden. Die Unterlagen, bestehend aus Programm, 13 topographischen Karten, hydrographischen und energiewirtschaftlichen Angaben, einem geologischen Gutachten und einem Verzeichnis der im Schluchseegebiet bestehenden Wasserkriebwerke sind gegen Einzahlung von 300 M ebenfalls durch das Badenwerk zu beziehen.

Kragen-wäscherei Schorpp liefert: Stärkewäsche Oberhemden Herren-Leibwäsche | Annahme-Stellen: Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstraße 34 u. 243, Gerwigstraße 46, Amalienstraße 15, Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastraße 13, Schillerstraße 18, Kaiserallee 37, Gabelsbergerstraße 1, Rheinstraße 18. Durlach: Hauptstraße 15. 6489

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 21. Oktober.

Geschichtskalender

21. Oktober. 1918 Unabhängigkeitserklärung des deutschösterreichischen Staates. — 1919 Beginn des Gerichts über die Kriegsverantwortlichen vor dem Nationalversammlungsausschuß in Berlin.

Flugblatt-Verbreitung

Am nächsten **Sonntag, vormittags 8 Uhr,** treffen sich die Genossinnen und Genossen zur Flugblattverbreitung in nachstehenden Lokalen:

Altstadt in der „Schrumpel";
Oststadt im „Georg-Friedrich";
Südstadt im „Auerhahn";
Mittel- und Südweststadt in der „Krone";
Weststadt im „Württemberger Hof";
Mühlburg im „Rheinkanal";
Grünwinkel bei Genosse Bantle;
Daxlanden im „Karlsruher Hof";
Beiertheim im „Beiertheimer Hof";
Rüppurr im „Zähringer Löwen";
Rintheim im „Schwanen".

Parteigenossinnen und -Genossen, Arbeiterjugend! Stellt Euch in großer Zahl in den Dienst der Partei. Eine Stunde muß am Sonntag jedes opfern, insbesondere unsere jungen Genossinnen und Genossen müssen bei der Flugblattverteilung überwiegen. Also auf zur Arbeit!

Der Vorstand.

Der Sozialistenkoller des „Karlsruher Tageblatt"

Dem nach der Revolution dem Zuge der Zeit entsprechend demokratisch schillernden, jetzt aber deutschnational-volksparteilich-militaristisch orientierten „Karlsruher Tageblatt" liegt die Sozialdemokratie schwer im Magen. Man glaubt oft, der von General Liebert geführte selige Reichslügenverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sei neu erstanden und habe das „T." als Abladestelle für seine Notizen gegen die ††† Sozis auserkoren. Denn dem „T." ist jede noch so tolle Nachricht, die aus irgend einer Lügenfabrik gegen die Sozialdemokratie kommt, gut genug, der sozialistischen Bewegung eines auszuwischen.

So brachte das „T." am Dienstag eine Notiz unter der Ueberschrift **„Lohnerhöhungen in sozialisierten Betrieben".** In derselben wird der Mitwelt kundgetan, daß durch die Arbeiterorganisationen Lohnerhöhungen von durchschnittlich 1 ℳ für die Stunde erreicht wurden. Die Konsumgenossenschaften hätten jedoch nur 25 Pfg. je Stunde bewilligt. Das Blatt bemerkt dazu: „Diese Tatsache zeigt, wie es um die Arbeitsverhältnisse in den sozialisierten Betrieben (dazu können die Konsumgenossenschaften doch sicherlich gezählt werden) bestellt ist." Nein, verehrtes „Tagblatt", diese Notiz beweist gar nichts, sie trägt nämlich den Stempel des Schwindels zu deutlich auf der Stirn. Es wird in ihr nicht einmal gesagt, um welche Arbeitnehmerkategorie es sich handelt und wo sich der Fall zugetragen. Weiter ist nicht erwähnt, welche Konsumgenossenschaft hier in Betracht kommt, denn es gibt bekannlich nicht nur die bösen sozialistischen, sondern auch durch und durch bürgerliche Konsumvereine. Was die Bezahlung angeht, so können wir der kapitalistischen Wasserträgerin in der Ritterstraße versichern, daß die Arbeitnehmer in den sozialistisch orientierten Konsumgenossenschaften (auch im Karlsruher Lebensbedürfnisverein) sogar **über Tarif entlohnt** werden. Der Zweck des „Tagblatt" ist also, sozialisierte Betriebe übel zu verdächtigen und um das zu erreichen, muß es zu einer Schwindelnotiz Zuflucht nehmen.

Wie das „T." von Sozialistenhaß befallen ist, zeigt auch seine Berichterstatung von der **Protestversammlung gegen die Zerstückelung Oberschlesiens** am vergangenen Dienstag. Während es die Ausführungen der beiden ersten Redner ziemlich ausführlich wiedergab und die Namen derselben mit fetter Schrift in die Mitte setzen ließ, blieb dem Berichterstatter allem Anschein nach die Feder stecken, als unser Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpflin sprach. Denn über die Ausführungen unseres Redners mußte ein zusammengedrängter Bericht eines Korr.-Büros herhalten und der Name unseres Redners stand nicht fett in der Mitte wie bei den beiden vorhergehenden Rednern, sondern im Satze drinnen. Aber nicht daß das „T." meint, wir ärgern uns über solche Kleinigkeiten; o nein, denn sie schaden uns gar nichts. Wir registrieren dieses einseitige und kleinliche Verhalten nur, denn es paßt sehr schlecht zu den sonstigen Gepflogenheit des „T." nach Einigung des deutschen Volkes zu schreien, aber in dem Moment, wo wirklich das deutsche Volk einig ist, es aber seinen Gegner nicht objektiv behandelt.

In einem großen Freudentaumel hat der **Sieg der Bürgerlichen bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen** das „T." gebracht. Es meint, daß die Arbeiterschaft von den sozialistischen Heilslehren wenig mehr wissen will und schillert nach einem **Block des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie.** Die geradezu unsinnige Haltung der Kommunisten und zumteil auch der Unabhängigen im Berliner Stadtparlament benützt das Bürgerblockblatt zu der Behauptung, daß durch die sozialistische Politik unsere Lage nicht besser, sondern nur schlechter wird. Wir würden in Deutschland mehr denn je eine arbeitsfreudige, nicht verhetzte Arbeiterschaft brauchen. Gut gebrüllt Löwe! Diese Erkenntnis ist bei dem überaus größten Teil der Arbeiterschaft schon früher und auch jetzt zu konstatieren. Aber sie verlangen, daß alle Kreise des deutschen Volkes arbeiten müssen, auch diejenigen, bei welchen ein Schlemmerleben in Bädern usw die einzige „Arbeit" bildet. Und diese Kreise stehen dem vom „T." so heiß ersehnten Bürgerblock näher als der sozialistischen Arbeiterschaft.

Die arbeitende Bevölkerung mag aber aus der Schreibweise des „T." ersehen, welche Anstrengungen die Bürgerlichen machen, um bei der Landtagswahl große Erfolge zu erzielen zum Schaden der Arbeiterschaft. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Ihr seht was auf dem Spiele steht, zeigt den Herrschaften bei den Landtagswahlen, daß ihr das Gebot der Stunde versteht und daß die Sozialdemokratie marschiert, trotz „Karlsruher Tageblatt" und seines Sozialistenkollers.

Heute abend 8 Uhr

spricht Landtagsabg. Gen. **Horter** im

Colosseum (Saal III)

über

Die bevorstehende Landtagswahl

in einer

öffentl. Wähler-Versammlung

der Sozialdem. Partei

Wählerinnen und Wähler! Erscheint in Massen, heraus aus der politischen Lauheit! Genossen, bringt euere Frauen und erwachsenen Töchter mit!

Gegen die Preistreibereien im Kartoffelhandel

Um den überhandnehmenden Treibereien im Handel mit Kartoffeln entgegenzuwirken, hat das Ministerium des Innern die Bezirksämter neuerdings beauftragt, im Einverständnis mit den zuständigen Staatsanwaltschaften gegen wilde Händler durch scharfe Ueberwachung auf den Besitz der Handelserlaubnis nachdrücklichst vorzugehen und jede übermäßige Preistreibung alsbald zur gerichtlichen Verfolgung zu bringen.

* **Oppau Spende.** Die Angestellten der Firma K. L. Stern u. Sohn haben für die Unglücklichen von Oppau den Gehalt von 4 Ueberstunden gespendet, was einen Betrag von 400 ℳ ergeben hat.

* **Rüppurr.** Unsere Parteiversammlung am Mittwoch abend hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen, ein hoffnungsvolles Zeichen für die Landtagswahlen. Zuerst wurden die Vorbereitungen zur Landtagswahl beraten. Zu den Wahlarbeiten meldeten sich eine schöne Zahl von Genossen und bezeugten damit ihre Arbeitsfreudigkeit. Zum 2. Punkt hielt Genosse Dr. Nordmann-Karlsruhe ein sehr instruktives Referat über „Die neue badische Gemeindeordnung". Der Referent verstand es, das an und für sich trockene Thema lebendig zu gestalten. In leichtverständlicher Weise schilderte er die Wichtigkeit der badischen Gemeindeordnung und machte die Anwesenden mit den verschiedenen Bestimmungen, sowie dem Aufgabenkreis der Gemeinden bekannt. Er ließ auch keinen Zweifel darüber, wie notwendig die Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Gemeindeparlamenten ist. Der Referent fand für seine lehrreichen Ausführungen, die mit großem Interesse verfolgt worden, vollen Beifall. Dem Referent schloß sich eine sehr sachliche interessante Diskussion an, sodaß die Versammlung einen äußerst guten harmonischen Verlauf nahm. Möge sich der Wunsch des Vorsitzenden erfüllen, daß der Besuch der Versammlungen in Zukunft ein ebenso erfreulich guter sein möge wie es diesmal der Fall war.

a. **Die Religion der Menschheit und ihr Ziel.** In einer gut besuchten Versammlung sprach Sonntag abend Professor Dr. Verwegen aus Bonn, berufen von der Ortsgruppe Karlsruhe des deutschen Monistenbundes über das Thema: „Die Religionen der Menschheit und ihre Ziele". Der Redner, dessen Vortrag vom Publikum mit großem Beifall aufgenommen und dessen Ausführungen durch Lichtbilder verdeutlicht wurden, gab in formvollendeter Weise, sachlich und klar einen Ueberblick über die Gebräuche der Religionen und deren Bedeutung. Angesichts des Zwiespaltes zwischen den Anschauungen der Anhänger der alten Religionssysteme und moderner Naturbetrachtung und Naturforschung muß jeder denkende Mensch heute sich zu einer Erkenntnis durchringen, er muß eindringen in das Urwesen der Religion, in das Urmysterium. An Hand der biblischen und nichtbiblischen Gebräuche und Symbole wies der Redner nach, daß die Menschen in allen Religionssystemen, sowohl bei den Anhängern des Offenbarungsglaubens wie bei denen des Heidentums durch Gebete, Opfer, Magie, Aufzüge, Fetisch, Tabu, Kasteiungen und Waschungen, besondere Speisen eine Verbindung zwischen Mensch und Gottheit herzustellen suchen, um entweder äußeres Leid und Unglück abzuwenden, für das Fortkommen zu sorgen oder um den inneren Menschen von Bedrängnis zu erlösen und zu reinigen. Damit steht in engstem Zusammenhang die in allen Religionen ausgebildete Symbolik. Dieser Betätigung der Religion steht die naturwissenschaftliche Anschauung gegenüber. An die Stelle des Gebets, des religiösen Farmalismus tritt die Erforschung der Natur und deren Gesetze. Ihr Ziel ist die Beherrschung unserer Erde (Kosmos), unseres Seins, das zweckbewußte Handeln der Menschheit und nicht die Vorbereitung auf das Jenseits, was die verschiedenen Religionssysteme als ihr Ziel ansehen. Der Weg zum alten Gott führt durch unsere Welt. Die Erziehung soll den neuen, kosmischen Menschen in die Lebensgesetze hineinführen und ihm Lebenskraft, Lebensfreude geben. Symbol dieser Anschauung ist die lodernde, leuchtende Flamme im Sinne der Erleuchtung: sie fordert einen klaren Kopf, ein warm schlagendes, begeisterungsfähiges Herz und einen starken Willen. — Die anschließende Diskussion zeigte, daß die Zuhörer dieser neuen Weltanschauung ein außerordentliches Interesse entgegenbrachten.

= **Wiederholung des Boettge-Konzerts im Stadtgarten.** Auf vielfachen Wunsch wird die Harmoniekapelle das Konzert, das am 9. Oktober zum Andenken an den früheren Musikdirektor Adolf Boettge, dem Altmeister deutscher Militärmusik, mit so großem Erfolge stattfand, nächsten Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags ¼4 Uhr, im Stadtgarten — bei ungünstiger Witterung im großen Festhallesaal — wiederholen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheaufgebote. Anton Müller von Oberöwisheim, Bahnarbeiter hier, mit Susanna Sünder von Bergzabern. Frdch. Geist von Tuttlingen, Werkzeugschleifer in Durlach, mit Berta Keller von Welschneureut. Albert Wetzel von hier, Bankbeamter hier, mit Johanna Wehrle von Sulzbach. Wilhelm Mast von Heidelberg, Buchbindermeister hier, mit Alma Fiedler von Taucha. Rudolf Fuchs von hier, Unterlehrer in Flehingen, mit Bertha Eisele von hier.

Eheschließungen. Theophil Hansberger von Tumringen, Lagerarbeiter hier, mit Theresia Maier von Neusatz. Heinrich Wädle von Hornberg, Kaufmann hier, mit Anna Günther von Eisenach. Adolf Heilinger von hier, Möbeltransporteur hier, mit Sophie Horn von Nürnberg. Erich Krause von Jastrow, Oberbuchhalter hier, mit Luise Eichsele von Rastatt. Karl Kimling von Heidelberg, Fabrkt. hier, mit Mathilde Wörner von hier. Georg Gerbert von Heidelberg, Kaufmann hier, mit Maria Schönthaler von Straßburg.

Todesfälle. Luise Imbery, alt 80 Jahre, Witwe des Reg.-Assist. Sylverius Imbery. Marie Heilig, alt 77 Jahre, Witwe des Oberinspektors Karl Heilig. Gustav Weil, Handelsm., Ehemann, alt 57 Jahre. Irma, alt 15 Jahre, Vater Joh. Steinhauser, Drehermeister. Lothar, alt 4 Monate 25 Tage, Vater Ernst Lehmann, Schriftsetzer. Emma, alt 1 Monat 15 Tage, Vater Max Trautmann, Taglöhner. Rosine Hufnagel, alt 75 Jahre, Witwe des Bäckermeisters Gottlob Hufnagel. Friedrich, alt 3 Jahre, Vater Wilhelm Stern, Landwirt. Adolf Weinbrenner, Geh. Oberbaurat, Prof., Witwer alt 85 Jahre. Aug. Kraus, Buchhalter, Ehemann, alt 68 Jahre.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Hauptversammlung des Theaterkultur-Verbandes

Der Theaterkulturverband hielt am 12. Okt. im Saale des Krokodils seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Regierungsrat Günther, gab zunächst den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, das durch mehrfache Hemmungen, die von außen an den Verein herantraten, beeinflußt gewesen ist. Die restlose Durchführung des Programms war nicht möglich, weil die Zusammenarbeit mit dem Landestheater Störungen unterworfen war. Für den kommenden Winter ist neben mehreren Einführungsvorträgen bei Neuaufführungen im Landestheater die Vorführung eines Puppenspiels und ein Rezitationsabend größeren Stils in Aussicht genommen. Sodann soll den Mitgliedern Gelegenheit geboten werden, die neueste dramatische Literatur durch Rezitationen kennen zu lernen. Auch diesen sollen kurze Einführungen vorausgehen. Das Nähere über die Art der Vorträge wird demnächst bekannt gegeben. Der Mitglieder- und Kassenbestand des Vereins ist günstig.

Zu einer längeren Aussprache gab die **Gründung der Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes** Anlaß. Das Referat darüber erstattete Herr Postdirektor Henneberger, der zunächst die Notwendigkeit der Gründung darlegte, um dem gebildeten Mittelstand bei dem gesunkenen Geldwert den Besuch des Theaters auch weiterhin zu ermöglichen. Nach Ansicht des Redners aber muß die Ermäßigung der Eintrittspreise in ganz schematischer Weise auf einen Einheitssatz von 5 ℳ für alle gebotenen Plätze (Sperrsitz, 1. Rang, 2. Rang, Mitte) für 3600 Mitglieder zu je 10 Vorstellungen aber bei etwa nur 750 allabendlich überhaupt zur Verfügung stehenden Plätzen den finanziellen Weiterbestand des Theaters ernstlich gefährden, nachdem zweifellos eine große Anzahl vollbezahlender Besucher zur Theatergemeinde angewandert ist. Zu schweren Bedenken gibt der Umstand Anlaß, daß die Theatergemeinde des B.V.B. nur Mitglieder in sich schließt, die auf dem Boden der **christlichen Weltanschauung** stehen, daß mithin alle Theaterfreunde, bei denen dies nicht der Fall ist, von den Vergünstigungen ausgeschlossen sind, und daß bei einem Theater, das durch zuschüsse des Staates und der Stadt gehalten wird, die von allen Steuerzahlern ohne Rücksicht auf die Weltanschauung aufgebracht werden müssen. Der eigentliche Zweck des B.V.B. ist die in seinen Veröffentlichungen ausgesprochene Absicht, seine einseitig gebundenen Anschauungen beim Theater zur Geltung zu bringen. Die Theatergemeinde ist heute schon so groß, daß das Theater, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, ihr Plätze zur Verfügung stellen muß, die bei freiem Verkauf zweifellos an vollzahlende Besucher abgesetzt werden. Der Mehrzahl der Mitglieder dürfte der billige Eintrittspreis den Anreiz zum Beitritt gegeben haben.

An das Referat knüpfte sich eine sehr angeregte Aussprache, in der sämtliche Redner sich auf den Boden der Ausführungen des Referenten stellten. Es wurde als bedauerlich bezeichnet, daß es nicht möglich gewesen ist, dem Unternehmen eine neutrale Grundlage zu geben. Dabei wurde betont, daß gerade von den Stellen, die dem Landtag und dem Bürgerausschuß gegenüber verantwortlich sind, daß sich der Zuschuß zum Theater in erträglichen Grenzen hält, die Hand geboten wurde zu einem Plane, der letzten Endes durch die Gefahr der abwandernden vollbezahlenden Besucher den finanziellen Ruin des Theaters und die Brotlosmachung der hiesigen Künstler im Gefolge haben kann. Es wäre das Gegebene gewesen, bei der Gründung die schon bestehenden Publikationsorganisationen (Theaterkulturverband und Volksbühne) wenigstens beratend zuzuziehen. Das weite Entgegenkommen gegen den B.V.B. mußte umsomehr überraschen, als das Landestheater bei der Volksbühne stets bemüht war, den Kreis der Besucher durch engste Abgrenzung zu beschränken und höhere Beamte und ähnliche Kreise von der Volksbühne fernzuhalten.

Der Tätigkeit des Vorstandes wurde in anerkennender Weise gedacht, dabei wurde die Gründung der Volksbühne als eine Großtat des Theaterkulturverbandes bezeichnet. Nun soll er nach Wegen suchen, wie dem gebildeten Mittelstand der Besuch des Theaters wieder ermöglicht werden kann, ohne die verärgernden und bedenklichen Bindungen der Theatergemeinde des B.V.B., der wie bekannt seine Geburtsstätte in München-Gladbach hat. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: als Vorsitzende Regierungsrat Günther und Professor Dr. Holl, als Schriftführer Postdirektor Henneberger und Professor Dr. Oeftering, als Kassierer Konsul Nikolai und Kaufmann C. F. Otto Müller, als Beisitzer Direktor Dr. Stork, Rechtsanwalt Heinsheimer und ein von der Volksbühne in den Vorstand abzuordnendes Mitglied. Herr Oberspielleiter Baumbach, dessen Tätigkeit im Theaterkulturverband mit dem Ausdruck des Dankes warm anerkannt wurde, hat aus persönlichen Gründen gebeten, von seiner Wiederwahl abzusehen.

*

Diese Ausführungen geben Anlaß zu manchen Bemerkungen. Wir wollen in Sachen B.V.B. unsere Meinung dahin äußern, daß er, solange er nach dem Prinzip: mein Reich ist nicht von dieser Welt, seine Mitgliederzahl über die durch Dante — nicht etwa durch Dehmel! — geheiligte 36 mit angehängten zwei Nullen hinausführt, keine so große „Gefahr" bedeutet, wie in dem Referat im Theaterkulturverband betont wurde. Das Referat ist richtig, sofern es Möglichkeiten im Auge hat; auf die wird aber schon aufgepaßt werden! — Nun enthält der obige Bericht des weiteren Angriffe auf das Theater bezw. seine Leitung. Die müssen diskutiert werden. Und da hat zunächst der angegriffene Teil das Wort. Es ist bei dem im Theaterkulturverband an so prominenter Stelle vertretenen Liberalismus nicht recht einzusehen, wo dieser etwas diktatorische Ton herrühren soll. Die Darbietungen des letzten Jahres geben zu dieser Höhe des Tones wirklich keinen Anlaß. — Was unsre Volksbühne angeht, so hängt deren Gedeihen in erster Linie von der Tüchtigeit ihrer Mitglieder ab; und für die glauben wir mit Recht sagen zu können, daß sie ein ersprießliches Fort- und Vorwärtsbestehen gewährt. Die ganze Angelegenheit verlangt **eine offene und allgemeine Aussprache,** die mit dem eigentlichen, in solchen Fällen gebotenen Liberalismus gehandhabt werden muß; schließlich dreht es sich um Theaterkultur und nicht um Unkultur!

*r.

Die Generaldirektion des Badischen Landestheaters teilt in derselben Angelegenheit mit: „Zu dem vom Theaterkulturverband über seine letzte Sitzung versandten Bericht, teilen wir zur sachdienlichen Aufklärung ergebenst mit: In der erwähnten Sitzung ist die Behauptung aufgestellt worden, es sei vom Landestheater die Hand geboten worden zu einem Plan, der letzten Endes den finanziellen Ruin des Theaters und die Brotlosmachung der hiesigen Künstler im Gefolge haben könne. Diese Vorwürfe richten sich gegen die Vereinbarung des Landestheaters mit der neugegründeten Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes, sind aber in keiner Weise begründet. Das Landestheater hat nämlich mit dem Bühnenvolksbund unter den gleichen finanziellen Bedingungen abgeschlossen, wie mit dem Verein „Volksbühne". Wer also von der Gründung des Bühnenvolksbundes eine Schädigung des Landestheaters behauptet, muß diesen Vorwurf auch gegen den Verein Volksbühne richten. Für jeden sozial Einsichtigen ist damit dieser Vorwurf erledigt."

Die Donaueschinger Kammermusikaufführungen zur Förderung zeitgenössischer Tonkunst sollen, falls genügend Material eingeht, auch nächstes Jahr abgehalten werden. Einsendungen sind bis 1. März 1922 zu richten an die Musikabteilung der Fürstl. Fürstenb. Hofbibliothek zu Donaueschingen. In Betracht kommen Kammermusikwerke jeder Besetzung (auch Klavierstücke und Lieder).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

* **Niedergang eines Meteors.** Ein interessantes Naturschauspiel war gestern abend gegen ½8 Uhr zu beobachten. Ein Meteor ging in der Richtung von Südost nach Nordwest auf die Erde nieder. Der Bummler aus dem Weltenraum präsentierte sich in grell-grüner Farbe mit großer Leuchtkraft, teilte sich sodann in zwei Stücke und ist schließlich auf der Erde angelangt.

= **Ueber die Verhandlungen der Teuerungszulagen für die Angestellten der Industrie, des Groß- und Kleinhandels** im Handelskammerbezirk **Karlsruhe** wird uns geschrieben: Bekanntlich werden die Zulagen als Ausgleich für die im Juli erneut eingetretene Teuerungswelle für August und September durch Vermittlung des Landeskommissars vereinbart, sodaß für **Oktober neue Verhandlungen** notwendig wurden. Im Tarifvertrag ist die Bestimmung aufgenommen, daß bis zum 10. eines jeden Monats die sogen. Teuerungsprüfungskommission angerufen werden muß zur Prüfung der Verhältnisse, um je nach Ergebnis Zu- oder Abschläge festzusetzen. Von seiten des **Afabundes** sind bereits die neuen Forderungen eingereicht und finden am nächsten Samstag Verhandlungen darüber statt. Ob an diesen Verhandlungen der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten teilnimmt, ist noch nicht bekannt, da diese Organisationen die Teuerungszulagen Ende August auf 1. Oktober kündigten, aber bis heute ihre neuen Forderungen noch nicht eingereicht haben.

Die **Galerie Moos**, Kaiserstraße 187, zeigt in ihrer neuen Ausstellung (17. Oktober bis 16. November) **Gemälde-Kollektionen** von Carl Kabis, Fritz Siegrist, Paul J. Wehrle und Karl Wolfsberger. Ferner sind mit neuen Werken vertreten: R. Probst, Rolf Lang, A. Finck, W. Hempfing u. a. Die Galerie ist Werktags von 10—5, Sonntags nur noch von 11—1 Uhr geöffnet.

Lieder- und Klavierabend Johann Hoorenmann, der ausgezeichnete Pianist aus Amsterdam, den wir im vorigen Winter erstmalig hier in Karlsruhe hörten, wird in Gemeinschaft mit der Sopranistin Berthe de Vigier aus Kairo heute Freitag den 21. Oktober im Eintrachtssaale konzertieren. Die Vorbereitung dieses Abends wurde bekanntlich von der Konzertdirektion Kurt Neufeldt übernommen.

Valuta-Bericht vom 20. Oktober

Markkurs in der Schweiz ca. 3.40 Cts. Auszahlung Holland notierte 53.50 M per holl. Guld.; Schweiz notierte 2890 M per schw. Fr.; England notierte 616 M per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte 11.37 M per frz. Fr.; Neuyork notierte 158.75 M per D.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Oktober 1921

Flache Randwirbel bringen heute Trübung, doch wird es nur zu geringen Strichregen kommen. Die Wetterstörung ist nur vorübergehend, da der tiefe Druck immer noch keinen beständigen Einfluß auf unsere Wetterlage erlangt hat.

Voraussichtliche Witterung bis Samstag nacht: Vorübergehend wolkig, vereinzelt geringer Strichregen, dann wieder aufheiternd und trocken, keine wesentliche Wärmeänderung.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 35 Ztm., gef. 0, Kehl 137, gest. 1, Maxau 282, gef. 1, Mannheim 156, gef. 1.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Letzte Nachrichten

Plenarsitzung des Reichstages

WTB. **Berlin**, 20. Okt. **Der Aeltestenrat des Reichstages, an dessen heutiger Sitzung der Reichsminister des Aeußern, Dr. Rosen, teilnahm, hat beschlossen, daß der Präsident des Reichstages sich zunächst mit dem Reichskanzler darüber verständigen soll, wann dieser die Regierungserklärung über die Genfer Beschlüsse abgeben kann. Die Plenarsitzung wird voraussichtlich entweder Freitag nachmittag oder Samstag vormittag stattfinden.**

WTB. **Berlin**, 20. Okt. Die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** trat am heutigen Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. In der Aussprache ergab sich eine einmütige Auffassung daß die Entscheidung über Oberschlesien kein Anlaß sein dürfe, eine **Regierungskrisis** zu eröffnen und daß für eine solche kein unglücklicherer Augenblick gewählt werden könnte, als der gegenwärtige. Die Fraktion **lehnt** es also ab, die Frage des Verbleibens oder des Sturzes der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick von der Lösung der **komplizierten Steuerfragen abhängig** zu machen, die langwierige und sachliche Beratungen erfordern. Sie sei einmütig der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung ihr **Verbleiben** von nichts anderem abhängig machen dürfe, als von dem **Votum des Reichstags**, daß sofort nach Bekanntgabe der Entscheidung über Oberschlesien einzuholen sein wird. Die **Sozialdemokratie** sei bereit, der gegenwärtigen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen. Dieser Auffassung der Fraktion stimmten auch die Vertreter Oberschlesiens ausdrücklich zu. Am morgigen Freitag vormittag tritt die sozialdemokratische Reichsagsfraktion mit dem Parteiausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

•

Der „**Vorwärts**" stellt fest, daß die **Grenzfestsetzung** noch ungünstiger ausgefallen ist, als bisher in Deutschland angenommen wurde. Die Statistik der „Gazetta Poranna" dürfte richtig sein, derzufolge 100 Proz. der Zinkproduktion, 85 Proz. der Kohlen, 70 Proz. des Stahls und 65 Proz. des Eisens auf die polnische Seite zu liegen komme. Der „Vorwärts" erklärt die Entscheidung als im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag stehend und sagt, der von der Entente gewählte Weg, der sowohl für Deutschland als für Polen einen Zwang schafft, sich über die wirtschaftliche Frage zu verständigen, wurde offensichtlich von dem Bestreben bestimmt, der gefällten Entscheidung ihren vertragswidrigen Charakter zu nehmen. Er werde aber in Wirklichkeit nur verschleiert.

Zimmerwucherer an den Pranger

TU. **München**, 20. Okt. Im Hinblick auf den übermäßigen Preiswucher mit **möblierten Wohnungen** und **Zimmern** hat der Präsident des Mieteinigungsamts angeordnet, den **Namen** jeder Person, die sich des Mietwuchers schuldig mache, von **amtswegen zu veröffentlichen**. Der Mieteinigungsausschuß erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Schlagwetterexplosion

WTB. **Essen**, 20. Okt. Heute morgen gegen 7 Uhr ereignete sich auf der Zeche Viktoria Mattßias (vormals Zeche Gustav) eine **Schlagwetterexplosion**, die sich aber nur auf einen kleinen Herd beschränkt.

Gegen den Kartoffelwucher

TU. **Berlin**, 20. Okt. Das thüringische Wirtschaftsministerium ergreift Zwangsmaßnahmen gegen den Kartoffelwucher, indem es den Erzeugerpreis auf 50 M pro Zentner festsetzt.

Revolutionäre Bewegung in Portugal

TU. **Lissabon**, 21. Okt. Eine revolutionäre Bewegung ist am Mittwoch ausgebrochen. Drei Kanonenschüsse, die an Bord eines Kriegsschiffes abgegeben wurden, bildeten das Signal zum Ausbruch der Bewegung. Die Polizei und die republikanische Garde nehmen an der Bewegung teil. Der Kriegsminister soll sich zu den Truppen begeben haben, die sich bei Maha im Manöver befinden. Eine neue demokratische Regierung ist unter dem Vorsitz des Obersten Boello gebildet worden. Ministerpräsident Granjo, Admiral Sanders und der Minister Masa sind ermordet worden.

Rücktritt des belgischen Kammerpräsidenten

TU. **Brüssel**, 20. Okt. Der Präsident der belgischen Kammer, der Sozialist **Brunet**, hat sich mit den aus der Regierung ausgetretenen sozialistischen Ministern solidarisch erklärt und ist zurückgetreten.

Aus der französischen Kammer

WTB. **Paris**, 20. Okt. Die heutige **Kammersitzung** begann mit einem **Lärm**. Gestern hatte der Abg. **Mandel** ein Schriftstück das Bezug hat auf den letzten großen Kommunistenputsch verwendet, als dessen Urheber der Sozialist **Estoffier**, Deputierter des Norddepartements, bezeichnet wurde Estoffier wohnte der gestrigen Kammer-Sitzung nicht an. Heute erklärte er zu Beginn der Sitzung, daß er Mandel kaum kenne und daß dieser aus dem Text des Schriftstückes, in dem Estoffier seine Freude darüber ausdrückt, daß die Freiheit des Entschlusses sicher gestellt wurde, nicht auch den letzten Satz verlesen habe. Dadurch habe er den Inhalt entstellt. Als Mandel zur Fortsetzung seiner gestrigen Ausführungen die Rednertribüne besteigen wollte, versetzte ihm **Estoffier einen Faustschlag ins Gesicht**. Es entstand in der Kammer eine große Erregung. Der **Präsident** rief den Abg. **Estoffier** zur Ordnung. Nach einigen weiteren Erklärungen des Abg. Mandel über diese Angelegenheit sprach er über die auswärtige Politik der Regierung.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bis zu 4 Zeilen Mk. 1.50 die Zeile **Vereinsanzeiger** Bei 5 u. mehr Zeilen Mk. 1.60 die Zeile

(Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute ¾8 Uhr in der Festhalle **Hauptprobe.** Vollzählige Anwesenheit. 6703

Karlsruhe. (Naturfreunde.) **Wanderung nach der Hornisgrinde verlegt.** Montag Ausschußsitzung. 6716

Durlach. (Sängerbund „Vorwärts".) Samstag, 22. Okt., **Vierteljahresversammlung** im „Grünen Hof". Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 6715 Der Vorstand.

Durlach-Aue. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 22. Okt., abends 8 Uhr, in der „Schwane" **Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. 6714

Baden-Baden.

Ausgabe der Platzmiete der Städtischen Schauspiele

Um im Interesse des Publikums allzu großem Andrang zu begegnen, wird die Ausgabe wie folgt geteilt:

am Montag, den 24. Oktober, gelangt zur Ausgabe Mietekarten für **vorjährige Platzmieter in Miete C**,

am Dienstag, den 25. Oktober, Ausgabe der Mietekarten für **vorjährige Platzmieter in Miete B**,

am Mittwoch, den 26. Oktober, Ausgabe der Mietekarten für **vorjährige Platzmieter in Miete A**,

ab Donnerstag, den 27. Oktober, Ausgabe der Mietekarten für **neuhinzutretende Mieter.**

Im Interesse schneller Abwicklung wird gebeten, jede überflüssige Unterhaltung mit den Kassenbeamten zu vermeiden. 2427

Intendanz.

Arbeitsamt Baden-Baden

(Bezirksarbeitsnachweis).

Unentgeltliche Stellenvermittlung für gelernte und ungelernte Berufe. Besondere Arbeitsnachweisabteilungen für weibliches Personal-, Hotel- und Wirtschaftspersonal, kaufm. und techn. Angestellte, Erwerbsbeschränkte (einschl. Schwerbeschädigte). Geöffnet: Vormittags von 8—12 Uhr, nachmittags von 2—4 Uhr. — Fernsprecher Nr. 1151—1160.

Gesucht werden:

Landwirtschaftliche Knechte, jg. Gärtner, Töpfer, Steinhauer, Blechner und Installateure, Bauschlosser, Elektromonteure, Vernickler, Former, Autoreparateure, Heizungsmonteure, Wagner, Maurer, Maler, Zimmerleute, Gipser, Damen- u. Herrenschneider (Großstückbeiter), Zigarrenmacher (Wickler u. Sortierer), Tapezier und Polsterer, Handsetzer (Akzidenzsetzer).

Alleinmädchen (die bürgerlich kochen können), Köchinnen, Zimmermädchen, 2 perfekte Jungfern (Schneidern wird verlangt), Wasch-, Putz- und Stundenfrauen.

1 jg. Mixer, Büfettfräulein für auswärts, Büffetmädchen, Servierfräulein (für Hotels und Restaurants), Mädchen für Hausarbeit und Servieren, Köchinnen für Hotels, Restaurationen und Pensionen, Kaffeeköchinnen, Haus- und Küchenmädchen für Hotels und Pensionen, Alleinmädchen für Pensionen, Kochlehrmädchen für Hotels und Pensionen.

Lehrlinge für verschiedene Berufe, Lehrmädchen für Zahntechnik und Stickerei.

Stellen suchen:

Gewerbsgehilfen für alle Berufe, Kriegsbeschädigte, gelernte und ungelernte Arbeiter in großer Anzahl, staatlich geprüfte Lehrerin (ins Ausland).

Lehrlinge für verschiedene Berufe und Lehrmädchen für Kleidermacherei. 2423

Landtagswahl 1921.

Durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 22. August 1921 ist die Vornahme der Landtagswahl auf

Sonntag, den 30. Oktober 1921

festgesetzt worden.

Die Wahlhandlung beginnt um **9 Uhr vormittags** und endet um **6 Uhr nachmittags.**

Nach diesem Zeitpunkt dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die in diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren.

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Wahlräume und die Wahlvorsteher sowie deren Stellvertreter sind durch den Bezirksrat für den Amtsbezirk Baden wie folgt bestimmt:

I. Wahlbezirk Baden-Baden

Langestraße

Wahlraum: Schulhaus Vincentiusstraße, Erdgeschoß, Saal 9, rechts vom Eingang.

Wahlvorsteher: Stadtrat, Wurstlermeister Franz Wäldele.

Stellvertreter: Kaufmann Wilhelm Behrle.

II. Wahlbezirk, Stadt Baden-Baden

Bahnhofstraße	Kernerstraße
Balzenbergstraße	Kreutzerstraße
Beethovenstraße	Lessingstraße
Blumenstraße	Luisenstraße
(Albrecht) Dürerstraße	Mozartstraße
Grünerbergweg	Mühlengasse
Gutleuthausweg	Schützenstraße
Hermannstraße	Waldseestraße
Inselstraße	Wetzelstraße
Karlstraße	Wilhelmstraße

Wahlraum: Schulhaus Vinzentiusstraße, Erdgeschoß, Saal 10, rechts vom Eingang.

Wahlvorsteher: Stadtrat, Hofapotheker Dr Oskar Rößler

Stellvertreter: Stadtverordneter Obereisenbahnsekr. Herrmann Heußler

III. Wahlbezirk. Stadt Baden-Baden

Augustaplatz	Friedhofstraße
Bertholdstraße	Hahnhofstraße
Bismarckstraße	Hopfenstraße
Friedenstraße	Weinbergstraße
Friedhof	

Wahlraum: Schulhaus Vinzentistraße, Erdgeschoß, Saal 11, links vom Eingang

Wahlvorsteher: Stadtverordneter, kaufmännischer Angestellter Heinrich Schmeckenbecher

Stellvertreter: Kaufmann Karl Jörger

IV. Wahlbezirk, Baden-Baden.

Adlerstraße	Ludwig-Wilhelmplatz
Beutteumüllerstraße	Ludwig-Wilhelmstraße
Blechnergasse	Lyzeumstraße
Du Rusellstraße	Malerstraße
Eichstraße	Maria-Viktoriastraße
Falkenstraße	Merkurstraße
Feuerhausstraße	Merkuriusberg
Gewerbegasse	Schloßergasse
Holzhofstraße	Sellerstraße
Kreuzstraße	Stahlbadstraße

Wahlraum: Schulhaus Vinzentistraße, Erdgeschoß, Saal 12, links vom Eingang

Wahlvorsteher: Stadtv. Major a. D., Karl Fellinger

Stellvertreter: Automobilvermieter Johann Groß.

V. Wahlbezirk, Baden-Baden.

Fremersbergstraße	Lichtentalerstraße

Wahlraum: Schulhaus Vinzentistraße, Erdgeschoß, Saal 13, links vom Eingang

Wahlvorsteher: Stadtverordneter, Oberstadtsekretär, Albert Schnurr

Stellvertreter: Wilhelm Ruckenbrod, Privatmann.

VI. Wahlbezirk, Baden-Baden.

Beutigweg	Lichtentaler-Allee
Fremersbergturm	Michaelstraße
Friedrichstraße	Moltkestraße
Friesenbergstraße	Quettigstraße
Gunzenbachstraße	Schillerstraße
Hebelweg	Schirmhofweg
Herchenbachstraße	(August) Schrieberweg
Hochstraße	(Hermann) Siellkenstraße
Iburgstraße	Solmstraße
Kaiser-Wilhelmstraße	Stadelhoferstraße
Kapuzinerstraße	Tiergartenweg
Katzensteinstraße	(Hans) Thomastraße
Kronprinzenstraße	Voglergasse
Lenauweg	Waldstraße
	Winterhalterstraße

Wahlraum: Schulhaus Vinzentistraße, Obergeschoß, Saal 24

Wahlvorsteher: Stadtrat, Elektromeister Emil Eder

Stellvertreter: Frau Marie Brebeck.

VII. Wahlbezirk, Baden-Baden.

Hardstaffeln	Scheibenstraße
Hardstraße	Stefanienstraße
Rettigstraße	

Wahlraum: Schulhaus Vinzentistraße, Obergeschoß, Saal 25

Wahlvorsteher: Stadtv. Stadtkassenbuchhalter, Ph. Sommer.

Stellvertreter: Verwaltungsaktuar Wilhelm Werner.

VIII. Wahlbezirk, Stadt B.-Baden.

Annabergstraße	Markgrafenstraße
Bäderstraße	Meisentopfstraße
Baldreitstraße	Sonnenplatz
Bernhardstraße	Sponheimstraße
Blücherweg	Staufenbergstraße
Büttenstraße	Steinstaffeln
Christophstraße	Steinstraße
Drachengäßchen	(Otto v.) Vincentistraße
Eberstein straße	Prinz Weimarstraße
Gartenstraße	Werderstraße
Heßlichstraße	Zähringerstraße
Kaiser-Allee	Zeppelinstraße

Wahlraum: Schulhaus Vincentistr., Obergeschoß, Saal 26.

Wahlvorsteher: Stadtv. Metzgermeister Franz Birnbräuer.

Stellvertreter: Stadtv. Kaufmann August Sulzer.

IX. Wahlbezirk, Stadt B.-Baden.

Gernsbacherstraße	Römerplatz
Im Königshof	Salmengasse
Königshofgasse	Sofienstraße

Wahlraum: Schulhaus Zähringerstraße, Klasse Ia, erster Stock.

Wahlvorsteher: Stadtv. Oberlehrer Karl Rudolph.

Stellvertreter: Stadtv. Kaufmann Wilh. Lichtenberg.

X. Wahlbezirk, Sadt B.-Baden.

Burgstaffeln	Marktgäßchen
Burgstraße	Marktplatz
Herrengut	Rathausstaffeln
Hirschstraße	Schloßbergstraße
Höllengasse	Schloßkellerstraße
Hungerberg	Schloßstaffeln
Jesuitenstaffeln	Schloßstraße
Küferstraße	Sternstraße
Leopoldstraße	Stiftsgasse

Wahlraum: Schulhaus Vincentistraße Obergeschoß Saal 27

Wahlvorsteher: Stadtv., Privatmann Friedrich Brenner

Stellvertreter: Bankprokurist Sigmund Wildbera

XI. Wahlbezirk Stadt B.-Baden.

Ackerweg	Gaisbühlerstraße
Aussichtsweg	Gutacker
Bahnstraße	Hardbergstraße
Balgerstraße	Hirschackerstraße
Bernhardusplatz	Kapellmattstraße
Deglerstraße	Kellersbildstraße
Dollenstraße, große	Oostscheuerner Uebergang
Dollenstraße, kleine	Rheinstraße
Erwinstraße	Rosengasse
Flößerweg	Schulstraße
Fuchsgasse	Sinzheimerstraße
Fürstenbergallee	Uhlandstraße

Wahlraum: Schulhaus der Weststadt, Erdgeschoß am Eingang links

Wahlvorsteher: Stadtv., Friseurmeister Josef Kaiser

Stellvertreter: Stadtv., Zählermeister Max Lange,

XII. Wahlbezirk, Stadt B.-Baden.

Beuernerstraße	Seelach
Hauptstraße	Seelachstraße

Wahlraum: Mädchenschulhaus im Stadtteil Lichtental (Klosterschule)

Wahlvorsteher: Stadtrat, Oekonom Wilhelm Eisenhardt

Stellvertreter: Bäckermeister Otto Droll.

XIII. Wahlbezirk, Stadt B.-Baden.

Brahmsstraße	Heimstraße
Cäcilienstraße	Hildastraße
Dimpfelbachstraße	Kirchstraße
Eckbergstraße	Klöckelsbergstraße
Eckerlestraße	Leisbergstraße
Eckhöfe	Maiengasse
Felsenweg	Maximilianstraße
Frankreichstraße	Priemersbachgasse
Frühlingsstraße	Rotackerstraße
Gerolsauerstraße links bis mit Nr. 61	Schafbergstraße
	Schafberg
Gerolsauerstr. rechts bis mit Nr. 40	Steinackergasse
	Gustav-Strohstraße
Haimbachstraße	Winterhalde

Wahlraum: Knabenschulhaus im Stadtteil Lichtental I. Obergeschoß, Zimmer 3 b.

Wahlvorsteher: Stadtrat, Schreinermeister Paul Müller

Stellvertreter: Bankvorstand Wendelin Metzmeier.

XIV. Wahlbezirk, Stadt B.-Baden.

Oberbeuern	Gaisbach
Müllenbach	Schmalbach

Wahlraum: Gasthaus zum Waldhorn in Oberbeuern, Saal des Obergeschosses.

Wahlvorsteher: Stadtrat, Blechnermeister Leopold Odenwald

Stellvertreter: Stadtv., Geflügelzüchter Christoph Thomas.

XV. Wahlbezirk, Stadt B.-Baden.

Gerolsauerstr. links von Nr. 68	Laisenbergweg
	Langfurchweg
Gerolsauerstr. rechts von Nr. 42	Lanzmattweg
	Rehgartenweg
Malschbach	Roßgasse
Stadtwald	Im Schatzgraben
Heschmattweg	Schmiegrankweg
Hölhäuserweg	Wannackerweg
Ibachweg	

Wahlraum: Schulhaus Geroldsau

Wahlvorsteher: Stadtrat Sägewerksteilhaber Friedrich Bleich.

Stellvertreter: Stadtv., Dachdeckermeister Philipp Dettweiler 2428

Baden-Baden, den 20. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Freitag, den 21. Oktober 1921

Landestheater 7—½10 Uhr. (Mk. 20.-) **Madame Butterfly**

Konzerthaus 7—½10 Uhr Volksbühne B 3 **Rose Bernd**

Im Landestheater. **Spielplan v. 22. Oktober bis 1. November.** Sa. 22. *„Der Urfaust". Th. Gem. B.V.B. Nr. 1651 bis 2100 und alle Nummern über 3500. 7 (12.—) — So. 23., nachm. 2 Uhr: „Der Froschkönig" oder „Der eiserne Heinrich" (7.—): abends 7 Uhr, „Die weiße Dame". (25.—). — Mo. 24. I. Sinfonie-Konzert. Leitung: Fritz Cortolezis. Solist: Dr. Paul Weingarten, Wien. 7½ (8.—). Mitglieder des B. V. B erhalten gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte ermäßigten Eintritt bis zu 2 Karten im Parterre à 7.—. — Die. 25. *„Der Prophet" Th. Gem. B.V.B. Nr. 2101—2400. 6½ (20.-) Mi. 26. Volksbühne A 2 „Der Troubadour" 7 (20.—) — Do. 27. *I. Vorstellung im Kammerspielzyklus. Uraufführung. „Das Spiel der Schatten". Ein Spiel in 2 Teilen von Hellmut Unger 7 (12.—) — Fr. 28. *„Zar und Zimmermann". Th. Gem. B.V.B. Nr. 1251 bis 1650, 7 (20.—) Sa. 29. *„Katte", Th. Gem. B.V.B. Nr. 2801—3300, 7 (14.40). — So. 30., nachm. 2 Uhr „Der Froschkönig" oder „Der eiserne Heinrich" (7—); abends 6 Uhr, neu einstudiert: „Manon" (25.-). — Die. 1. Nov. *Tristan und Isolde" 5 (25.—)

Im Konzerthaus. So. 23. Zum erstenmal *„Börsenfieber" Schwank in 3 Akten von Max Reimann und Otto Schwarz. 7 (12 20). Die. 25. Volksbühne B 4 „Rose Bernd" 7. — Fr. 28. Volksbühne B 5 „Rose Bernd" 7. — So. 30. *„Börsenfieber", 7 (12 20).

Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—½1, 4—6 Uhr).

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 22. Okt., nachmittags ¼4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 24. Oktober an.

Erich Bühler
Bankgeschäft
Kreuzstrasse 4, am Marktplatz
empfiehlt sich zur Ausführung von
Bank-Geschäften jeder Art
zu den Sätzen.
Konto-Korrent- und Scheckverkehr.
An- und Verkauf in- und ausländischer Wertpapiere, Coupons und Noten.
Kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit.
An- und Verkauf von in- und ausländischen Wertpapieren, Geldsorten und Coupons.
Devisen-Verkehr.
Fachmännische Auskunft u. Beratung in allen Geldangelegenheiten. 5718

Das ganze Jahr hindurch
Wiederherstellung aller beschädigten **Puppen**
Karlsruher Puppenklinik
H. Bieler Kaiserstr. 223
zwischen Douglas- und Hirschstraße.

Privat-Tanzlehr-Institut
H. Vollrath
23 Sofienstraße 23.
Beginn neuer Kurse,
auch in mod. Tänzen, Oktob. u. Novbr.
Gefl. Anmeldungen erbeten. 5713

Oelfarben-Bodenlacke
Lackfarben : Broncen · Holzbeizen
gebrauchsfertig für Anstriche aller Art
Maler-Artikel
vorteilhaft im 6330
Farbengeschäft **Waldstr. 15,** b. Colosseum
Fachmännische Bedienung

Tüchtige Malergehilfen
finden Beschäftigung bei
Karl u. Emil Lacroix
5718 Sofienstraße 56.

Gardinen aller Art, kein Ladengeschäft privat, deshalb kann ich zu **äußerst billigen Preisen** abgeben. 6353
Frau **M. Becker,** Adlerstraße 1.

Einige **Anzüge** guterh. bar, solche für gr. starke Fig. 54/56, be ch. **Ulster u. Ueberzieher,** auch für Jüngl., feldgr. **Mäntel, Röcke u. Hosen, Lodenmäntel,** neu, 150 Mark, **Rohr- u. Schnürstiefel** und sonst Verschied. billig abzugeben bei **Axelrad, Essenweinstr. 32,** 2. E.

Matratzen werden gut und billig aufgearbeitet, sowie neu angefertigt. **Kammerer,** Wilhelmstraße 35. 6624

Wohnungs-Tausch.
3 Zimmer-Wohnung geg. ebensolche (evtl. Südstadt) zu tauschen gesucht. Bei dem Tausche kommen nur solche Bewerber in Betracht, die Gartenarbeit und einige Hausarbeit mitübernehmen. Dagegen freie Wohnung u. 100 Mk. monatliche Vergütung. 6705 **Stefanienstr. 70** bei Deck.

Drucksachen aller Art liefert **Buchdruck. Volksfreund** Luisenstraße 24.

Bruchsaler Anzeigen.

Kartenausgabe

am Samstag, den 22. Oktober 1921, von 8 bis 12 Uhr vormittags an die Buchstaben **V bis einschließlich Z.**

Am Montag, den 24. Okt. 1921, Kartenausgabe an diejenigen Versorgungsberechtigten, die versäumt haben, ihre Karten rechtzeitig abzuholen.

Bruchsal, den 21. Oktober 1921. 2415

Kommunalverband Bruchsal-Stadt
Kartenausgabestelle.

Städt. Arbeitsamt Bruchsal
(Bezirksarbeitsnachweis).

Männliche Abteilung.

Offene Stellen: Mehrere jüngere Kaufleute (Buchhalter, Kontoristen, Korrespondenten, Stenotypisten und Verkäufer) aus der Rohtabak-, Zigarren-, Maschinen- und Eisenwarenbranche. 1 Bankbuchhalter, 1 Bankbeamter für Effektenverkehr, 1 Lithograph, 1 Umdrucker u. Fertigmacher für Zink, mehrere Metallschleifer, Möbelpolierer und Beizer, Möbelschreiner, Zimmerer, 1 Gattersäger, 1 Maler für auswärts, 1 Schuhmacher, 1 Tuchschuhmacher für auswärts.

Stellen suchen: 2 jg. Gärtner, 8 Huf- und Wagenschmied, 4 Bauschlosser, 5 Blechner und Install., 6 Eisendreher, 30 Maschinenschlosser, 8 Mechaniker, 12 Elektromonteure und Hilfsmonteure, 2 Wagner, 1 Buchbinder, 2 Tapezierer, 2 Küfer, 7 Bäcker, 3 Metzger, 5 Zigarrenmacher, 4 Schneider, 5 Schuhmacher, 2 Schriftsetzer, 150 Hilfsarbeiter, 30 Lagerarbeiter, 35 Kaufleute (Buchhalter, Korrespondenten, Expedienten, Kontoristen, Stenotypisten, Lageristen, Verkäufer) verschiedener Branchen.

Lehrstellenvermittlung.

Offene Stellen: Mehr. Kaufmann-, 1 Buchdrucker-, 1 Steindrucker-, 2 Mechaniker-, 2 Metzger-, 1 Schuhmacher-, 1 Schmied-, 1 Polsterer und Tapezier-Lehrling.

Stellen suchen: 40 Lehrlinge in verschiedenen Berufen.

Weibliche Abteilung

Offene Stellen: Mehrere geübte Kleberinnen, 2 Wickel- und Zigarrenmacherinnen, mehrere Tabakarbeiterinnen, 1 Damenschneiderin nach Ravensburg. 5 Stenotypistinnen, 2 Kontoristinnen, 2 Verkäuferinnen, 1 jg. flottes Servierfräulein für Kaffee, 3 Dienstmädchen für Wirtschaftsküchen, einige Monatsfrauen u. -Mädchen, eine größere Anzahl Alleinmädchen in Privat- u. Geschäftshäuser (darunter 2 Aushilfen und 4 nach auswärts), 3 Köchinnen, 1 Zweitmädchen (bewandert im Nähen), 4 Kindermädchen (2 tagsüber).

Stellen suchen: 2 Sortiererinnen, 1 Zigaretteneinlegerin, 3 Ripperinnen (Einlage u. Deckblatt), verschiedene ungelernte Arbeiterinnen, 1 Schneiderin, 2 Bügelerinnen (eine mit mehrjähriger Praxis in Färberei), 1 Verkäuferin für Parfümerie u. Konfitüren, 1 Verkäuferin für Schuhwaren, 1 Verkäuferin für Lebensmittel, 1 Reisende, 1 Servierfräulein, 4 Haushälterinnen zur selbst. Führung eines frauenlosen Haushalts oder zu alter auch leidender Dame. 2 gebildete Stützen, 1 Zahnarztgehilfin, eine Laborantin.

Lehrstellenvermittlung.

Offene Stellen: 4 Modistinnen, 2 Kontoristinnen, 1 Verkäuferin. 2420

Stellen suchen: 1 Näherin, 4 Kontoristinnen, 2 Verkäuferinnen.

Dem Städt. Arbeitsamt sind angegliedert: Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte.

Bruchsal, den 20. Oktober 1921.

Rastatter Anzeigen.

Lebensmittel-Verteilung

1. **Kartenausgabe:** Die Ausgabe der Brotkarten findet statt am: **Mittwoch, den 26. Oktober,** von 9—12 Uhr für die Nummern 1—1000, nachm. 3—6 Uhr für die Nummern 1001—2000; am **Donnerstag, den 27. Oktober,** vorm. 9—12 Uhr für die Nummern 2001—3000, nachm. 3—6 Uhr für die Nummern 3001 bis Schluß.

Jedermann hat die Karten, die ihm ausgeschlagen werden, sofort nachzuzählen. Spätere Beschwerden, daß jemand seine Karten nicht richtig erhalten habe, werden grundsätzlich abgelehnt. 2421

Für die Brotkarten, die nicht rechtzeitig abgeholt werden, ist eine Ordnungsgebühr von 1 M zu entrichten.

2. Die **Obstweinausgabe** wird fortgesetzt.

Rastatt, den 21. Oktober 1921.

Kommunal-Verband Rastatt-Stadt.

Durlacher Anzeigen.

Turngemeinde Durlach.

Am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags ½2 Uhr, findet in der **Turnhalle der Friedrichschule** 6712

Wertungsturnen

für Schüler und Schülerinnen statt.

Abends 6 Uhr im „Roten Löwen"

Bekanntgabe der Resultate mit Tanz.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder, sowie die Eltern unserer Schüler und Schülerinnen freundlichst ein. — Einführungsrecht aufgehoben.

Der Turnrat.

Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug.

Die Ausgabe der Scheine für den Brot- und Mehlbezug für die Zeit vom

26. Oktober bis 25. Dezember 1921

findet in folgender Weise statt:

Am Montag, den 24. Oktober 1921 vormittags von 9—1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

A bis mit F

nachmittags von 2—6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

G, H und K

Am Dienstag, den 25. Oktober 1921 vormittags von 9—1 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

J, L bis mit R und Z

nachmittags von 2—6 Uhr an die Familien mit den Anfangsbuchstaben

S, Sch bis mit W.

Jede Familie hat zwecks Empfangnahme der neuen Scheine den Lebensmittelausweis unbedingt mitzubringen.

Im Interesse einer ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte ist es unbedingt erforderlich, daß die Familien zu der für den betr. Buchstaben bestimmten Zeit erscheinen.

Wer die ihm zustehende Scheine am Abgabetage nicht abholt, bekommt bei späterer Abgabe eine entsprechende Anzahl Brotkarten abgezogen. 2422

Durlach, den 19. Oktober 1921.

Kommunal-Verband Durlach-Stadt.

Gaskoks.

Durch Gemeinderatsbeschluß vom 20. Oktober 1921 sind die Preise für Gaskoks mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Grobkoks	30 M je Ztr. ab Gaswerk
Nußkoks	32 „ „ „ „ „
Perlkoks	26 „ „ „ „ „
Schlackenkoks	9 „ „ „ „ „

Für die Zufuhr werden die jeweils von der Ortskohlenstelle festgesetzten Sätze berechnet. Der Verkauf erfolgt **markenfrei.** 2423

Durlach, den 21. Oktober 1921.

Städt. Gaswerk.

Einladung zur Landtagswahl.

Nach Entschließung des Staatsministeriums vom 21. Juni 1921 hat die **Neuwahl des badischen Landtags** am

Sonntag, den 30. Oktober 1921

stattzufinden.

Die **Wahlhandlung** beginnt um **9 Uhr** vormittags und dauert bis **6 Uhr** nachmittags.

Die Stadt Durlach, dem 5. Wahlkreis angehörend, umfaßt **11 Wahlbezirke.**

Wahlbezirk	umfassend die Straßen	Wahllokal	Wahlvorsteher und Stellvertreter
I	Auerstraße 1—33, 20, Blotterstraße, Eisenbahnstr., Hindenburgschule, Karlsruher Allee, Killisfeldstr. mit Oberwald, Luisenstr., alte Karlsruherstr., Wilhelmstr.	Hindenburgschule 1. Stock Zimmer Nr. 6	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Oeder.** Stellvertreter: **Gemeinderat Steinbrunn.**
II	Ahornstr., Amalienstr., Auerstr. 48 bis Schluß, Bismarck-Friedrich-Gartenstr. 47 bis 49, Gritznerstr. mit neuem Postgebäude, Lindenstraße, Palmaienstr., Reichenbachstraße, Waldstr.	Hindenburgschule 1. Stock Zimmer Nr. 7	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Weber** Stellvertreter: **Gemeinderat Hirschauer.**
III	Baslertorstr., Breite Gasse, Brunnenhausstr., Gartenstr. 1—15, Imberstraße, Kelterstr., Kirchstr., Mittelstraße, Weiherstraße.	Friedrichschule 1. Stock Zimmer Nr. 4	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Semmler.** Stellvertreter: **Metallschleifer Julius Kleiber.**
IV	Bäderstr., Bergwaldstr., Dürrbachstr., Ettlingerstr. mit Fischhaus, Fechtstraße, Goethestr., Herrenstr., Leopoldstr., Lutzstr., Rittnertstraße, Sofienstr., Schloßstr., Schlößleweg, Schlößle, Schwanenstr., Uhlandstr.	Mädchenbürgerschule 1. Stock Zimmer Nr. 1	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Person.** Stellvertreter: **Gemeinderat Ungeheuer.**
V	Bergbahnstr., Friedhofstr., Grötzingerstr., Moltkestr., Roonstr., Scheffelstr., Schillerstr., Turmbergstr., Weingarterstr. gerade Nummern, Werderstr., Wolfsweg.	Gewerbeschule 1. Stock Zimmer Nr. 4	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Silber.** Stellvertreter: **Gemeinderat Dr. Trautwein.**
VI	Blumenstr., Jägerstr., Königstr., Mühlstr., Pfinzstr. 1—35, 2—28, Weingarterstr. unger. Nummern.	Mädchenbürgerschule 1. Stock Zimmer Nr. 2	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Frau Knecht.** Stellvertreter: **Gemeinderat Lindner.**
VII	Adlerstr., Kronenstr., Mühläcker und Hubweg, Pfinzstr. 37—95, 30—78, Rappenstr., Schlachthausstr.	Friedrichschule 1. Stock Zimmer Nr. 5	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Geyer.** Stellvertreter: **Buchhändler Ferdinand Metzler.**
VIII	Bahngebiet, Gerberstr., Lammstr., Seboldstr., Spitalstr., Zehntstraße.	Friedrichschule 1. Stock Zimmer Nr. 6	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Kindermann.** Stellvertreter: **Gemeinderat Kälber.**
IX	Hauptstraße, zerstreut liegend	Rathaussaal	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Resch.** Stellvertreter: **Gemeinderat Wüst.**
X (Aue)	Kaiserstr., Bergstr., Luisenstr.	Rathaussaal (Aue)	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Klenert.** Stellvertreter: **Schmied Christian Rausch.**
XI (Aue)	Waldhornstr., Wilhelmstr., Gartenstraße, Adlerstr., Lindenstr., Killisfeldsiedelung.	Rathaus Aue Grundbuchamtszimmer	Wahlvorsteher: **Gemeinderat Christian Dahn.** Stellvertreter: **Gemeinedrat Friedrich Kappler.**

Die **Wahlberechtigten,** die alle mittels Postkarte vom Eintrag in die Wählerliste verständigt sind, werden hiermit **zur Wahl eingeladen. Die Wahlpostkarte wolle zur Wahl mitgebracht und die auf der Vorderseite angegebene Nummer dem Wahlvorstand genannt werden.**

Das **Wahlrecht** wird in Person — nicht durch Stellvertreter — durch **Stimmzettel** ohne Unterschrift ausgeübt. Nur diejenigen werden zur Stimmabgabe zugelassen, die in die **Wählerliste** des betreffenden **Bezirks aufgenommen** oder im Besitze eines ordnungsgemäß ausgestellten **Wahlscheins** sind.

Die **Stimmzettel** müssen von weißem oder weißlichem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; die Verwendung von Zeitungspapier ist zulässig. Die Stimmzettel sollen eine Größe von 9 auf 12 cm haben und sind von den Wählern im Nebenraum des Wahllokals in einen mit **amtlichen Stempel versehenen Umschlag,** der sonst kein Kennzeichen haben darf, zu stecken und sodann dem Wahlvorsteher abzugeben. **Inhaber von Wahlscheinen** nennen bei der Wahl ihren Namen und übergeben den Wahlschein dem Wahlvorsteher.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Ungültig sind Stimmzettel

1. die den obenerwähnten Bestimmungen nicht entsprechen,
2. die keinen Namen oder keine Angabe, aus der die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist, und auch keine oder keine erkennbare Bezeichnung eines Kreiswahlvorschlags mit der Nummer aus der amtlichen Bekanntgabe enthalten,
3. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten,
4. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen oder Bezeichnungen verschiedener Wahlvorschläge enthalten,
5. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekannt gegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten,
6. denen ein Druck- oder Schriftstück beigefügt ist.

Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 25 Jahre alt und seit mindestens einem Jahr Reichsangehöriger ist.

Mehrere in einem Umschlag enthaltenen gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Wahlvorschläge lautende Stimmzettel sind ungültig.

Durlach, den 19. Oktober 1921.

2416 **Der Gemeinderat**

„SENNEREI"

Vereinigte Margarine-Werke Nürnberg

Generalvertreter: **Lebkuchen & Hirsch,** Mannheim, Dammstrasse 32, Telephon Nr. 2294.

Carl Pfefferle
Erbprinzenstr. 23
Telephon 1415
empfiehlt
frisch geschossene
Hasen
ohne Fell u. Därme
per Pfd. **Mk. 10.00**
Rücken u. Schlegel
per Pfd. **Mk. 12.00**
Ragout
per Pfd. **Mk. 9.00**
Rehschlegel
Rehrücken
Züge und Ragout
ferner täglich frisch geschlachtetes
Geflügel
Seefische
Blaufelchen.
NB. **Keine Filiale,** nur 6711
Erbprinzenstr. 23.

Sängerbund Vorwärts
18 90
Karlsruhe

Samstag, den 22. Oktober 1921, abends 8 Uhr, im grossen Saale der **Festhalle**

KONZERT

zur Feier des 31. Stiftungsfestes

Mitwirkende: 6637

Herr **Paul Trautweiler,** Kammervirtuose (Cello); Herr **Fritz Post,** Harfenvirtuose; der **Männerchor des „Sängerbund Vorwärts".**
Musikalische Leitung und am Flügel: Herr Robert Pracht.

Nach dem Konzert
BALL (Gewerkschafts-orchester).

Eintrittspreise: Inkl. Steuer u. Einlass für Mitglieder frei, deren näheren Angehörige 2.00 Mk. **gegen Ausweis.** Nichtmitglieder 3.00 Mk. Programm an der Abendkasse.
Vorverkauf bei allen Mitgliedern u. an den bezeichneten Verkaufsstellen.
Saalöffnung 7 Uhr. Kein Weinzwang.

9708

Uhrenhaus Oscar Kirschke Karlsruhe
Kriegsstrasse 70 **Karlsruhe** am alten Bahnhof.

Uhren

Weckeruhren 50.–
Küchenuhren 75.–
Regulateure
14 Tag Schlagwerk . . 250.–
Salon-Uhren, grosse, mod.
14 Tag Gongschlag . . 350.–
Dt.-Anker-Uhren . . 65, 75.–
Schweiz. Zylinderuhren
150, 250, 350.–
Präzisionsuhren, Anker
400, 500.–
Armbanduhren
in Gold und Silber 250, 350.–
Hausuhren, bestes Fabrikat
1500, 2000.–

STADTGARTEN

Sonntag, den 23. Oktober, nachm. von 1/2 4—6 Uhr
Auf vielfachen Wunsch wiederholt

Historisches Konzert

Dem Andenken **Adolf Boettges** gewidmet.
Orchester: Musikverein „Harmonie"
Leitung: Hugo Rudolph.

Programm-Auszug: Festfanfare für mittelalterliche Trompeten und Pauken, Ouverture zu „Iphigenia in Aulis", „Marschlieder der Landsknechte" aus 1490, Tonbilder aus „Siegfried", zwei altbadische Märsche aus der Zeit der Markgrafen Ludwig Wilhelm, Tuba Mirum und Agnus Dei aus dem Requiem von Verdi, „Prinz Eugen, der edle Ritter", „Alt Wien", Historische Märsche vom 13. und 18. Jahrhundert.

Eintritt: 2 Mk. (Inhaber von Jahreskarten), 3 Mk. (sonstige Personen), einschließl. Lustbarkeitssteuer. Kinder je die Hälfte. **Programm 50 Pfg.**
Vorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens. — **Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in der Festhalle statt.** 2388

Total-Ausverkauf

der Städtischen Bekleidungsstelle.

Zur Beschleunigung unseres Total-Ausverkaufes eröffneten wir am Donnerstag, den 20. Oktober d. J., neben unseren bisherigen Verkaufsräumen in der Ausstellungshalle in der 2417

Zähringerstraße 45a

eine weitere Verkaufsstelle und empfehlen zur Deckung des Winterbedarfs:

Herren- und Burschenanzüge
zu Mk **195.–, 250.– u. 350.–**
Herren- und Burschenulster
in verschiedenen Farben . . . zu Mk. **150.–**
Männer-Arbeitshosen . zu Mk. **60.– u. 90.–**
Männer-Westen, grau, Wolle . . . zu Mk. **35.–**
Männer-Einsatzhemden . . . . . zu Mk. **25.–**
Männer-Normalhemden . . . . . zu Mk. **32.–**
Frauen- u. Mädchen-Mäntel von Mk. **78.–** an
Frauen-Kostüme . . . . . von Mk. **95.–** an
Frauen-Blusen, grau Wolle . . . zu Mk. **20.–**
Wolldecken . . . . . zu Mk. **35.– u. 45.–**
Kinderstiefel in schwarz u. braun, weit unter Preis
Gummistiefel mit Filzschaft,
wasserdicht . . . . . zu Mk. **35.–** das Paar

Ausstellungshalle Eingang Nordseite und **Zähringerstr. 45a.**
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten u. Staatsarbeiter in Baden m. b. H.
Sitz Karlsruhe.

Ab heute kommt
prima Filderkraut sowie
Tafelobst (Aepfel u. Birnen gemischt)
zur Ausgabe.
Verkauf von 8—12 und 2—6 Uhr am alten Bahnhof (Bahnsteig) 6173

5430

Hüte
Mützen
Schirme
Stöcke
Mützenmacherei

Sport-Artikel
Umformen alter Hüte
Hutmacherei

Alles staunt über
unsere **Leistungsfähigkeit u. Dauerhaftigkeit** unserer
Qualitäts-Gummisohle
nach dem **Ago-Verfahren** aufgepreßt und trägt sich ebenso gut wie Kernleder
für Herren 20 M., für Damen 18 M.
Bad. Besohlanstalt Jos. Walter
Annahmestellen:
Hauptreparaturbetrieb: Kapellenstr. 10
Südstadt: Schuhh. Altschüler, Werderplatz, Ecke Wilhelmstr.
Weststadt: Schuhhaus Betsche, Uhlandstr. 35
Durlach Laden: Schloßstr., neben der Traube
Ettlingen Laden: Marktstr. 6. 6709

---

1 Gummimantel,
1 Kinderlieg- und Sportwagen, 1 Küchenschaft, zu verkaufen. **Luisenstr. 35,** 3. St. bei Kuentz. 6707

Städt. Freibank.
Fleischabgabe 2418
Samstag, 9 bis 10 Uhr: **Nr. 2441—2640.**
Montag, 9 bis 10 Uhr: **Nr. 2641—2840.**
Mittwoch, 9 bis 10 Uhr: **Nr. 2841—3000.**

Gänsefedern
kauft fortwährend zu höchsten Tagespreisen.
A. Wenner, Mühlburg, Hardtstraße 11. 6725

Gänsefedern
kauft fortwährend zu den allerhöchsten Preisen.
Karl Pfefferle,
Erbprinzenstr. 23. 6726

---

6 junge weiße Wyandottes hühner
zu verkaufen. 6717
Hardtstr. 20, H. 1. St.

Den Verkauf von Blumen und Kränzen in der Karl-Wilhelmstraße betr.

In der Zeit vom **Freitag, den 28. Oktober 1921,** bis **Mittwoch, den 2. November 1921,** ist die Benützung der **Karl-Wilhelmstraße zur Aufstellung von Ständen zum Verkauf von Blumen und Kränzen gestattet.** Die Verkäufer müssen im Besitze einer bezüglichen schriftlichen Erlaubnisbescheinigung des Stadtrats sein, welche den Polizeiorganen auf Verlangen vorzuweisen ist. Die Anordnungen der Schutzmannschaft sind pünktlich zu befolgen.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1921. 2428
Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion. OZ. 155

Die Kohlenzufuhr zum Gaswerk ist in letzter Zeit so gering gewesen, daß zur Deckung des Bedarfes die Vorräte herangezogen werden mußten. Nunmehr sind diese aufgebraucht und wir sind ausschließlich auf die Lieferungen angewiesen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß in nächster Zeit Störungen in der Gasversorgung eintreten.

Wir ersuchen die verehrl. Einwohnerschaft, durch Sparsamkeit im Gasverbrauch zur Vermeidung schärferer Einschränkungsmaßnahmen beizutragen.

Karlsruhe, den 20. Oktober 1921. 2419
Städtisches Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Möbeltransport-Geschäft
Eugen v. Steffelin
Umzüge von Wohnung zu Wohnung unter Haftung — Verpackung von Möbeln und Kunstgegenständen — Gepolsterte Möbelwagen aller Grössen — Fest angestellte Packer — Wagen für überseeische Transporte — Automobil-Möbelwagen
— Telephon Nr. 261 — 6497

Großstückarbeiter
gesucht
Schröder & Fränkel.
Kaiserstraße 211. 6701

Kroko-Elite-Creme
erhält die farbigen Schuhe in Weichheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. In 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Alleinige Hersteller: Kuckuk & Rehm, chem. Fabrik, Rastatt. 6571

Wir bieten an: 6710

Brennholz

in **Buchen, Tannen, Stockholz, Anfeuerholz, Schwartenholz** in jeder Verarbeitung zu Tagespreisen am Lager
Durlacher Allee 58, Kaserne Gottesau
abgeholt oder frei Keller geliefert.
Solange Vorrat verkaufen wir ab Lager: **Abfallspäne zu Mk. 6** und **Sägmehl zu Mk. 3** pro Ztr.
Bestellungen werden auch **Zähringerstr. 100,** 2. Stock, Zimmer Nr. 7, entgegengenommen.
Gemeinnützige Beschäftigungsstelle f. Erwerbslose u. Erwerbsbeschränkte
Durlacher Allee 58 — Telephon 5423.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund."